

I. Vorwort des Präsidenten	3
II. Das Jahr 2009 in der Rückblende	4
Das politische Jahr	4
Eidgenössische/kantonale Volksabstimmungen	4
Aus der Grossratsfraktion	8
Das parteipolitische Jahr 2009	12
Veranstaltungen	12
Vernehmlassungen	14
III. Tätigkeitsberichte	19
Parteiorgane	19
Geschäftsleitung	19
Parteivorstand	19
Delegiertenversammlungen	20
Fachkommissionen	22
Bau, Verkehr und Energie (BVE)	22
Erziehung (ERZ)	23
Finanzen und Verwaltung (FIN)	24
Gesundheit und Fürsorge (GEF)	25
Justiz, Gemeinden und Kirchen (JGK)	26
Polizei und Militär (POM)	27
Volkswirtschaft (VOL)	28
SVP Frauen Kanton Bern	30
JSVP Kanton Bern	30
SVP Senioren Kanton Bern	32
Wahlkreise	34
Bern-Mittelland	34
Emmental	35
Jura bernois	36
Oberraargau	37
Oberland	39
Biel-Seeland	41
Gerichte	42
Obergericht	42
Verwaltungsgericht	43
Untersuchungsrichterämter (Regionale und Kantonale)	44
IV. Organisation / Personelles	46

Organigramm der SVP Kanton Bern Fehler! Textmarke nicht definiert

Personelle Zusammensetzung der Parteiorgane	46
Geschäftsleitung	46
Parteivorstand	46
Grossratsfraktion	48
Vertretung in der SVP Schweiz	49
Mitglieder des Zentralvorstandes	49
Mitglieder des leitenden Ausschusses	49
Mitglied des Büros des leitenden Ausschusses	49
Regierungsmitglied	50
Parteisekretariat	50
Stiftungsrat „Hilfsfonds SVP Kanton Bern“	50
Vorstand des „Bären-Club“ der SVP Kanton Bern	50
Unsere Verstorbenen	51
V. Schlusswort der Geschäftsführerin	52
VI. Die Partei in Zahlen	53
Mitgliederzahlen	53

I. Vorwort des Präsidenten

Das Jahr 2009 stand für die Bernische SVP im Zeichen der Konsolidierung und der Vorbereitung der Grossrats- und Regierungsratswahlen vom 28. März 2010.

Nach der Parteiabspaltung galt es als erstes, die Mitgliederwerbung zu intensivieren. Hinzu kam die erfolgreiche Neugründung verschiedener SVP-Sektionen. Dank intensiver Vorbereitung gelang es, die Schweizerische Volkspartei in Bévillard, Busswil und Sutz-Lattrigen auf Stufe Gemeinde neu zu etablieren. Sehr wertvoll waren auch die Einzelkontakte zwischen den Ortssektionen und der kantonalen Parteileitung im Rahmen der während der zweiten Jahreshälfte durchgeführten Sektionstournee. Verschiedene Probleme konnten im Detail vor Ort erörtert und analysiert werden. Anschliessend wurde gemeinsam nach Lösungen gesucht, wobei alle Beteiligten wertvolle Impulse empfangen konnten. Mit diesen parteiinternen Massnahmen gelang es, die Bernische SVP zu festigen. Dies zeigte sich bereits anlässlich der Wahlen vom Herbst 2009 in 28 bernischen Gemeinden. In 6 davon verlor die SVP Sitze im Gemeinderat, in 6 Gemeinden gewann sie und in 16 konnte sie ihren Anteil halten, was ein stabiles Resultat ergibt. Basierend auf diesen Grundlagen konnte die Partei optimistisch auf die bevorstehenden kantonalen Wahlen ausgerichtet werden.

Mit der Vorbereitung der Grossrats- und Regierungsratswahlen wurde frühzeitig begonnen. Zunächst ging es darum, die personelle Ausgangssituation zu klären. Bereits an der Juni-DV wurden Christoph Neuhaus und Albert Rösli als Regierungsratskandidaten nominiert. Die Bestätigung der 256 durch die regionalen Wahlkreisverbände vorgeschlagenen Grossratskandidatinnen und -Kandidaten erfolgte anlässlich der kantonalen SVP-Delegiertenversammlung vom August. Für die politische und organisatorische Vorbereitung wurde je ein Wahlkomitee für die Regierungsrats- und Grossratswahlen gebildet und sofort mit den Wahlaktivitäten begonnen. Bereits im September fanden die ersten Kandidaten-Wahlauftritte statt. Diese wurden im Rahmen einer Vorkampagne ergänzt mit Pressekonferenzen und Inseraten der Kantonalpartei zu wichtigen sachpolitischen Themen, wodurch die SVP-Wahlkampagne bereits vor Jahresende lanciert werden konnte.

Beflügelt wurden die Wahlvorbereitungen mit einem von Alt Bundesrat Adolf Ogi und den eidgenössischen SVP-Parlamentariern unterzeichneten Spendenauftrag an alle Parteimitglieder, der bereits im Dezember regen Zuspruch erhielt. Für die allseits grosse Mithilfe und Unterstützung, die gute Zusammenarbeit innerhalb der Partei und die umsichtige Unterstützung durch das Team auf dem Sekretariat unter der Leitung von Aliki Panayides danke ich sehr herzlich.

Nationalrat Rudolf Joder, Parteipräsident

II. Das Jahr 2009 in der Rückblende

Das politische Jahr

Eidgenössische/kantonale Volksabstimmungen

8. Februar

Eidgenössisch

Weiterführung des Freizügigkeitsabkommens mit der EU und Ausdehnung auf Bulgarien und Rumänien

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Schweiz	1'517'132	1'027'899	59,6 %	40,4 %
Kanton Bern	202'569	119'565	62,9 %	37,1 %

Stimmbeteiligung 51.44% (CH) 46.13% (BE)

Parole SVP Kanton Bern: NEIN

Ergebnis: JA

17. Mai

Eidgenössisch

Zukunft mit Komplementärmedizin

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Schweiz	1'283'894	631'560	67,0 %	33,0 %
Kanton Bern	166'997	82'374	67,0 %	33,0 %

Stimmbeteiligung 38.8% (CH) 35.82% (BE)

Parole SVP Kanton Bern: JA

Ergebnis: JA

Biometrische Pässe

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Schweiz	953'173	947'493	50,1 %	49,9 %
Kanton Bern	122'134	124'139	49,6 %	50,4 %

Stimmbeteiligung 38.77% (CH) 35.82% (BE)

Parole SVP Kanton Bern: NEIN

Ergebnis: JA

27. September

Eidgenössisch

Anhebung der Mehrwertsteuersätze zugunsten der IV

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Schweiz	1'112'818	926'730	54,6 %	45,4 %
Kanton Bern	151'331	127'810	54,2 %	45,8 %

Stimmbeteiligung 41.01% (CH) 39.88% (BE)

Parole SVP Kanton Bern: NEIN

Ergebnis: JA

Verzicht auf die Einführung der allgemeinen Volksinitiative

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Schweiz	1'307'237	618'664	67,9 %	32,1 %
Kanton Bern	184'525	80'913	69,5 %	30,5 %

Stimmbeteiligung 40.43% (CH) 39.88% (BE)

Parole SVP Kanton Bern: JA

Ergebnis: JA

Kantonal

HarmoS

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
	140'969	132'724	51,5 %	48,5 %

Stimmbeteiligung 38.7%

Parole SVP Kanton Bern: NEIN

Ergebnis: JA

29. November

Eidgenössisch

Spezialfinanzierung Luftverkehr

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Schweiz	1'608'923	867'514	65 %	35 %
Kanton Bern	224'338	117'149	65,7 %	34,3 %

Stimmbeteiligung 49.5% (CH) 51.4% (BE)

Parole SVP Kanton Bern: JA

Ergebnis: JA

Volksinitiative Verbot von Kriegsmaterial-Exporten

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Schweiz	837'119	1'797'876	31,8 %	68,2 %
Kanton Bern	106'950	253'300	29,7 %	70,3 %

Stimmbeteiligung 52.7% (CH) 51.4% (BE)

Parole SVP Kanton Bern: NEIN

Ergebnis: NEIN

Volksinitiative Gegen den Bau von Minaretten

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Schweiz	1'534'054	1'135'108	57,5 %	42,5 %
Kanton Bern	220'547	142'886	60,7 %	39,3 %

Stimmbeteiligung 53.4% (CH) 51.4% (BE)

Parole SVP Kanton Bern: JA

Ergebnis: JA

Kantonal

Stimmrechtsalter 16

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
	87'019	266'039	24,6 %	75,4 %

Stimmbeteiligung 49.9 %

Parole SVP Kanton Bern: NEIN

Ergebnis: NEIN

Aus der Grossratsfraktion

Das Jahr 2009 verlief für die Grossratsfraktion in einigermaßen normalen, geordneten Bahnen. Überschattet wurde das Jahr durch den Abschied von unserem Grossratskollegen Hans Küng, der kurz nach der Junisession verstorben ist.

Erfreulich ist ganz allgemein das geschlossene, entschiedene Auftreten der Fraktion bei den wichtigen Abstimmungen.

Januarsession

Personelles

Bernhard Zumbrunn, Unterbach, wurde als Nachfolger des Ende Dezember 2008 verstorbenen Hans Michel als neues Ratsmitglied vereidigt.

Verhandlungen

Politisch eher weniger brisant, dafür sehr zeitintensiv waren die Beratungen der Änderung des Koordinationsgesetzes, des Baugesetzes und des Baubewilligungsdekrets.

Spannend war die Entwicklung der Beratung des Gesetzes betreffend die Handänderungs- und Pfandrechtssteuern. Die bürgerliche Mehrheit in der vorberatenden Kommission reichte eine Kommissionsmotion ein, in der sie die Aufhebung, nicht die Revision, des Gesetzes über die Handänderungs- und Pfandrechtssteuern verlangte. Die SVP-Fraktion stimmte in dieser Frage geschlossen und vollzählig für die Abschaffung der Handänderungs- und Pfandrechtssteuer. Die Motion wurde aber vom Grossen Rat abgelehnt, weil die BDP-Fraktion ihren Vertretern in der vorberatenden Kommission nicht folgte und das Gesetz über die Handänderungs- und Pfandrechtssteuer beibehalten wollte. Als Ergebnis der ersten Lesung resultierte am Ende der Januarsession ein Beschluss zur Abschaffung der Pfandrechtssteuer und zur Reduktion der Handänderungssteuer. Die SVP-Fraktion unterstützte dabei die Abschaffung der Pfandrechtssteuern und die Reduktion der Handänderungssteuern.

Aprilsession

Verhandlungen

Wichtigstes Geschäft der Aprilsession war die Justizreform. Wir haben uns geschlossen für die Beibehaltung der Arbeitsgerichte, für das Jugendanwaltschaftsmodell und gegen die Beibehaltung der Kommission für Gleichstellungsfragen ausgesprochen.

Die Abstimmungen zu den Handänderungssteuern in der zweiten Lesung zeigten mit aller Deutlichkeit, welche Konsequenzen die Abspaltung der BDP von der SVP hat. Trotz der einstimmig und geschlossen für eine Reduktion der Handänderungssteuern stimmenden Fraktionen von FDP und SVP wurde diese Reduktion abgelehnt. Teile der BDP haben zusammen mit den rot-grünen Parteien gegen diese Reduktion gestimmt.

Wie bei der Handänderungssteuerfrage stimmte die geschlossene SVP-Fraktion konsequent gegen die Einführung von Stimmrechtsalter 16. Leider zeigte sich auch bei dieser Abstimmung ein weiteres Mal, wie dünn die bürgerliche Mehrheit im Grossen Rat heute ist. Es genügten drei Abwesenheiten und die Vorlage zum Stimmrechtsalter 16 war genehmigt. Die nachfolgende Volksabstimmung hat allerdings der SVP-Fraktion Recht gegeben und das Stimmrechtsalter 16 wurde vom Volk überdeutlich abgelehnt. Die Schwächung des bürgerlichen Lagers ist allerdings Tatsache geworden. Eine Tatsache, die der SP-Politiker Bernhard Antener offiziell mit Genugtuung in seinem Votum gewürdigt hat.

Ein Schlag ins Wasser mit einem entsprechenden Medienecho war die von der SP Fraktion verlangte Sondersession Wirtschaft. Viel mehr als heisse Luft wurde dort nicht produziert.

Junisession

Personelles

Die Neubesetzung des Büros nach der Abspaltung hatte zur Folge, dass der SVP neben dem Vizepresidium von Gerhard Fischer nur noch ein Stimmenzählersitz zustand. Béatrice Struchen verzichtete zugunsten von Ruedi Bieri auf ihren Sitz im Büro. Herzlichen Dank Béatrice für deine zuverlässige und mit viel taktischem Geschick erledigte Arbeit im Dienste unserer Partei.

Verhandlungen

Gleich zu Beginn der Session erlitten die bürgerlichen Parteien ein weiteres Mal eine sehr knappe Niederlage, in dem sich der Grosse Rat auch in der 2. Lesung für das Stimmrechtsalter 16 aussprach. Unsere Fraktion sprach sich einstimmig und ohne Abwesenheiten gegen die entsprechende Verfassungsänderung aus. Leider stimmte ein Grossrat der BDP für die Vorlage; fünf Freisinnige waren abwesend.

Vergeblich kämpfte unsere Fraktion zusammen mit der FDP und der EDU gegen den unnötigen Fonds zur Deckung von Investitionsspitzen und gegen die Äufnung dieses Fonds mit 250 Mio. Franken aus der Jahresrechnung 2008. Leider verhalf die BDP der SP, den Grünen und der EVP zu einer Mehrheit, so dass der Investitionsfonds und die Äufnung dieses Fonds vom Grossen Rat genehmigt wurden.

Septembersession

Personelles

Kurz nach der Junisession verstarb Hans Küng, Diemtigen. Hans Küng war seit einiger Zeit von seinen gesundheitlichen Beschwerden gezeichnet. Trotzdem kam der Abschied von ihm unerwartet und traf die Fraktion tief. Hans Küng hatte sich stets sehr für seine Region und den Kanton eingesetzt. Er war der Inbegriff eines zuverlässigen, gewissenhaften Kollegen.

Die Spaltung unserer Partei im Jahr zuvor hatte zur Folge, dass anstelle von Hans Küng ein Grossrat nachrutschte, der in der Zwischenzeit zur BDP übergetreten war.

Beat Schori, Bern, ist auf den 15. August zurückgetreten. An seiner Stelle wurde zu Beginn der Septembersession Peter Bernasconi, Bern, vereidigt.

Verhandlungen

Geprägt war die Session von der Behandlung unzähliger persönlicher Vorstösse mit oft sehr nebensächlichen Themen. Bei der Beratung des Gesetzes über die Motorfahrzeugsteuern setzte sich die SVP-Fraktion wie schon in der vorberatenden Kommission für eine grössere Senkung der Motorfahrzeugsteuern ein. Leider wurden die entsprechenden Anträge alle abgelehnt. Die anderen bürgerlichen Parteien sowie selbstverständlich Rot-Grün haben eine spürbare Senkung der unerträglich hohen Steuerlast bei den Motorfahrzeugen verhindert.

Endgültig verabschiedet wurde in der Septembersession das Sonderkässeli für die Regierung zur Finanzierung von Investitionen. Das entsprechende Gesetz wurde gegen die geschlossen stimmende SVP-Fraktion angenommen. Wie schon bei der ersten Lesung war die BDP-Fraktion das Zünglein an der Waage, das der Vorlage zum Durchbruch verhalf.

Erfolgreich setzten wir uns für verschiedene Vorstösse aus unseren Reihen zur Erhaltung des fruchtbaren Kulturlands (Fruchtfolgeflächen) ein. Der Regierungsrat wurde beauftragt, das Inventar der Fruchtfolgeflächen quantitativ und qualitativ nachzuführen und Massnahmen gegen den Verlust von landwirtschaftlichem Boden für die Nahrungsmittelproduktion zu ergreifen.

Als einzige Partei hatte sich die SVP konsequent und mit Nachdruck gegen jeden Zwang zu Gemeindefusionen ausgesprochen. Die SVP-Fraktion lehnte deshalb auch alle Motionen von Seiten der FDP und der SP, die Zwangsfusionen von Gemeinden ermöglichen wollten, geschlossen und mit entsprechenden Wortmeldungen ab, leider auch hier vergeblich.

Ein Höhepunkt und eine grosse Genugtuung für die SVP-Fraktion war die Wahl von Rolf Grädel als Generalprokurator des Kantons Bern. Hier hat der bürgerliche Schulterchluss für einmal funktioniert.

Novembersession

Personelles

Peter Schori, Köniz, ist von den Schweizer Demokraten zur SVP übergetreten. Seit Jahren hatte er in unserer Fraktion politisiert und wird nun bei den nächsten Grossratswahlen auf der SVP-Liste kandidieren.

Verhandlungen

Mit einer dringlichen Motion hat die SVP-Fraktion die lückenlose Aufklärung der Ferien- und Überzeitabgeltungen bei Spitzenbeamten und die Offenlegung von Abgangsentschädigungen verlangt. Leider hat der Grosse Rat dann doch beschlossen, sich auf Stichproben zu beschränken. Die SVP erwartet, dass die Oberaufsichtskommission die kritischen Fälle genau analysiert, Fehler schonungslos offenlegt und dem Grossen Rat Massnahmen vorschlägt, damit stossende Fälle, wie sie im Sommer 2009 bekannt geworden sind, nicht mehr vorkommen können.

Bei der Revision des Energiegesetzes hatte die SVP-Fraktion Nichteintreten beantragt. Der Grosse Rat erklärte nun den bisher freiwilligen Gebäudeenergieausweis der Kantone für alle vor 1.1.1990 bewilligten Wohnbauten für obligatorisch. Zudem beschloss er, dass Gebäude in der schlechtesten Energieeffizienzklasse zwingend saniert werden müssen. Je nach Ergebnis der zweiten Lesung werden wir das Referendum gegen das Gesetz ergreifen müssen.

Zweiter Hauptbrocken war die Revision des Steuergesetzes. Entgegen dem Regierungsrat hatte die bürgerlich dominierte Kommission und auch der Grosse Rat das Schwergewicht der Steuerentlastungen nicht auf Unternehmen, sondern auf natürliche Personen gelegt. Die Beratungen des Steuergesetzes zeigten ein weiteres Mal, wie klein die bürgerliche Mehrheit im Grossen Rat ist. Die geplante Reduktion der Vermögenssteuern fiel denn auch dem Stichentscheid der Ratspräsidentin zum Opfer. Während bei der Abstimmung über die Einkommenssteuern bei allen anderen Fraktionen Leute fehlten, war die SVP-Fraktion vollständig anwesend und stimmte der Entlastung einstimmig zu.

Peter Brand, Fraktionspräsident

Das parteipolitische Jahr 2009

Veranstaltungen

Fraktionsausflug

Am Dienstag, den 1. September 2009 war es wieder einmal soweit: Die Mitglieder der SVP-Grossratsfraktion versammelten sich um 11 Uhr vor dem Rathaus, um zum geselligen Beisammensein im Rahmen des Fraktionsausflugs aufzubrechen. Ziel war dieses Mal das Berner Oberland. Bereits während der Carfahrt, die durchs Simmen- und Saanental führte, brach unter den Teilnehmenden lockere Ferienstimmung aus, und erste Kostproben der Oberländer Gastfreundschaft wurden durch die Versorgung mit Speis und Trank gegeben. Erste Station der Reise bildete der „Glacier 3000“, wo auf luftiger Höhe und bei strahlendem Sonnenschein ein Apéro auf uns wartete. Zum Mittagessen wurde dann im modernen Gipfelrestaurant ein feines Raclette aufgetischt. Mit vollem Magen ging es danach mit einer Fahrt auf der höchsten Rodelbahn der Welt sportlich weiter. Die Grossräte zeigten sich hier allesamt wagemutig und wurden in ihrer rasanten Abfahrt einzig durch eine Handvoll gemächlich fahrender japanischer Touristen gebremst. Heil wieder unten im Tal angekommen ging die Fahrt zurück nach Gstaad, wo nebst einem Spaziergang durchs Dorf bereits wieder ein Apéro auf dem Programm stand. Der Tag klang schliesslich im Hotel Holiday in Thun aus, wo ein schmackhaftes Abendessen und schöne Gitarrenklänge für gute Stimmung und rundum zufriedene Gesichter sorgten. Spätabends, wohlgenährt und in heiterer Stimmung, kehrten wir schliesslich nach Bern zurück.

Seniorentag

Der Seniorentag, an welchem sich Parteimitglieder über dem Pensionsalter zum Zvieri mit Musik treffen, stand wie alle Anlässe in der zweiten Jahreshälfte bereits ganz im Zeichen der Grossrats- und Regierungsratswahlen. Für die musikalische Unterhaltung sorgte passend zur Region die Schwyzerörgeli-Gruppe Bern-Seeland. Die gedeckten Plätze im Saal der Krone in Aarberg waren rasch voll besetzt. Alle erwarteten gespannt die Rede des Parteipräsidenten. Sein Wahlaufruf wurde ergänzt durch die engagierten Ausführungen des Seeländer Grossrats Fritz Ruchti. Auch Regierungsrat Christoph Neuhaus liess es sich nicht nehmen, beim Anlass dabei zu sein und einige Erlebnisse aus seinem Alltag als Regierungsrat zu schildern. Spontan boten etliche der Anwesenden ihre Unterstützung bei den Wahlen an und trugen

sich in eine entsprechende Liste ein. Das Ziel war für alle klar: Die SVP braucht zwei Sitze im Regierungsrat.

Vernehmlassungen

Im Verlaufe des Jahres 2009 hatte die Geschäftsleitung zu folgenden Gesetzes- und Dekretsentwürfen im Rahmen der Vernehmlassung Stellung zu nehmen (die detaillierten Vernehmlassungsantworten können auf dem Parteisekretariat bezogen werden):

Bildungsstrategie 2009 (27.02.)

Die SVP betont, dass sie Modelle und Projekte, welche den Selektionsgedanken untergraben, ablehnt. Für den Übertritt in eine höhere Leistungsstufe sind klare Selektionsvorgaben auszuarbeiten, die Schule muss einen gewissen Leistungsdruck bieten. Die SVP bemängelt, dass der finanzielle Aufwand bei diversen Projekten nicht beziffert wurde, dass die sozialpolitischen Ziele die Wissensvermittlung verdrängen und somit die Kernaufgabe der Schule in den Hintergrund zu rücken droht. Die Eigenverantwortung der Eltern muss wieder vermehrt zur Geltung kommen, die erzieherische Verantwortung darf nicht an die Schule delegiert werden. Der Begriff Chancengleichheit darf nicht überstrapaziert werden

Totalrevision des kantonalen Energiegesetzes (15.03.)

Die SVP lehnt die Gesamtrevision des Energiegesetzes, abgesehen von den notwendigen Anpassungen an das Bundesrecht, klar ab und ist für Nicht-Eintreten. Der Gesetzes-Entwurf ist überladen, verfolgt unrealistische Ziele und enthält zu viele unnötige staatliche Eingriffe. Für die SVP hat eine langfristige Sicherung der Stromversorgung absoluten Vorrang. Zum bewährten Strommix im Kanton Bern (Kernenergie, Wasserkraft, erneuerbare Energien) gibt es keine vernünftige und kostengünstige Alternative. Die flächendeckende Einführung eines kantonalen Gebäudeenergieausweises, die Stromsteuer, neue zusätzliche Vorschriften für Grossverbraucher und Vorschriften bezüglich der eigenen Liegenschaften lehnt die SVP entschieden ab.

Steuergesetzrevision 2011 (19.03.)

Die Chance, mit der Steuergesetzrevision ein klares Bekenntnis zum Wirtschaftsstandort Kanton Bern abzugeben, wird nicht wahrgenommen, die Vorlage ist mutlos. Ein Teil der standortpolitisch sinnvollen und dringend notwendigen Steuersenkungen sollte trotz Finanzkrise umgesetzt werden. Zu den zwingenden Umsetzungen des Unternehmenssteuerreformgesetzes II hat die SVP keine Bemerkungen. Die Lockerung des Beteiligungsabzuges, die Aufhebung der Arbeitsbeschaffungsreserven, die Milderung der Besteuerung von Liquidationsgewinnen und die Anrechnung der Gewinn- an die Kapitalsteuer werden begrüsst. Die SVP ist einverstanden mit der teilweisen Steuerbefreiung des Existenzminimums ohne Tarifumbau und der Änderung der Besteuerung im Bereich des Zweitwohnungsbaus (höhere Einkommenssteuer für Inhaber von Ferienwohnungen). Der Ausgleich der kalten Progression ist vollumfänglich zu gewährleisten. Folgende standortpolitische Mass-

nahmen sollten umgesetzt werden: Verbesserungen bei den höheren Einkommen durch Tarifsenkungen, Senkung der Vermögenssteuer, Beibehalten der Vermögenssteuerbremse, Senkung des Vorsorgetarifes. Weiterverfolgt werden sollte das Thema „flat-rate-tax“. Betont wird, dass das bisherige Ausgabenwachstum gebremst werden sollte. Auf eine detaillierte Kommentierung der einzelnen Artikel wird verzichtet.

Investitionsfondsgesetz (19.03.)

Diese Vernehmlassung wurde in der Form einer konferenziellen Anhörung durchgeführt, eine schriftliche Stellungnahme liegt nicht vor. Die SVP lehnt den Investitionsfonds jedoch ab, da damit Rechnungslegung und Budgetierung verfälscht werden.

Deutschschweizer Lehrplan (07.05.)

Die Themen „hohes Bildungsniveau“ und „leistungsorientiertes Selektionssystem“ und die Überprüfung des Grades der angeeigneten Kompetenzen werden in den Grundlagen für den Lehrplan völlig ungenügend behandelt. Befürchtet wird, dass die klassischen Inhalte der „traditionellen“ Disziplinen (Biologie, Chemie, Physik, Geographie und Geschichte) zu wenig vermittelt werden. Ohne Grundlagenkenntnisse kann kein „breiter Zugang der Schule zu den Phänomenen der Welt“ stattfinden, weshalb die SVP ein Fächerkonzept mit einer Aufteilung des Unterrichts auf möglichst wenige Fächer keinesfalls unterstützen kann. Abgelehnt wird die Kürzung des prozentualen Anteils des Fachbereichs Mathematik. Den überfachlichen Themen Wirtschaft-Arbeit, Haushalt mit Hauswirtschaft und berufliche Orientierung muss die nötige Gewichtung beigemessen werden (Lektionenzahl).

Teilrevision Gemeindegesetz (06.06.)

Die SVP Kanton Bern begrüsst und unterstützt im Wesentlichen die Änderungen zum Gemeindegesetz, hat aber zu einzelnen Artikeln Bemerkungen. Die SVP spricht sich dafür aus, dass Behörden des Kantons und des Bundes ihre Publikationen selber entgelten sollen, da die amtlichen Anzeiger das amtliche Publikationsorgan der Gemeinden und nicht des Kantons sind. Geteilt wird die Ansicht, dass innerhalb einer Regionalkonferenz nicht unkontrolliert und gegen deren Willen Teilkonferenzen gebildet werden. Die SVP Kanton Bern ist folglich damit einverstanden, dass die Bildung einer Teilkonferenz zur Erfüllung von freiwillig übertragenen Aufgaben der Zustimmung der Regionalkonferenz bedarf.

Erwachsenen- und Kinderschutzrecht (01.07.)

Die SVP Kanton Bern begrüsst, dass anlässlich der neuen bundesrechtlichen Gesetzesgrundlagen die aktuelle Situation im Kanton evaluiert und Verbesserungen angestrebt werden sollen. Begrüsst wird auch, dass alle Entscheide im Bereich des Kindes- und Erwachsenenschutzes bei einer Behörde

konzentriert werden sollten. Wichtig ist, dass die Gesetzesänderung auf eidg. Ebene nicht zum Auslöser für eine Überreglementierung auf kantonaler Stufe wird und funktionierende Strukturen nicht zerschlagen werden. Die Modernisierung des Erwachsenen- und Kindsschutzes darf nicht mit einer Verbürokratisierung der Abläufe einhergehen. Favorisiert wird ein System, welches den Gemeinden möglichst grosse Freiheit in der Organisation lässt und auch gemischte Fachbehörden mit Milizpersonen zulässt. Der Vorsitz der Fachbehörde muss nicht zwingend von einem/r Juristen/in geführt werden und nicht alle Mitglieder müssen zwingend Berufsvertreter aus den Fachbereichen sein. Eine rein professionelle Behörde birgt die Gefahr, dass Entscheide zu bürokratisch gefällt und die Gegebenheiten der Familie zu wenig berücksichtigt werden. Die kantonale Variante schafft viele Organisations- und Koordinations-Probleme, ohne mehr Nutzen zu bringen. Vielmehr würden neue, voraussichtlich Kosten treibende kantonale Verwaltungsstrukturen notwendig.

Teilrevision des Universitätsgesetzes (03.07.)

Die SVP begrüsst die Teilrevision mit dem Ziel, den Hochschulstandort Bern zu stärken. In diesem Sinne werden die Anpassungen auf Grund der Bolognaform sowie eine wirkungsorientierte Ausgestaltung der Steuerung der Hochschulen durch den Kanton unterstützt. Im Vordergrund müssen ein klar formulierter Leistungsauftrag und ein effizientes Controlling stehen. Bei der Rekrutierung des Kaders ist sicher zu stellen, dass in der Schweiz ausgebildete Fachkräfte bei der Besetzung leitender Positionen und Assistenzstellen berücksichtigt werden. Die SVP Kanton Bern begrüsst grundsätzlich eine Optimierung der Steuerungsmechanismen, wobei vom Konzept der Steuerung durch den Grossen Rat über die gesetzlichen Rahmenbedingungen und die finanziellen Mittel ausgegangen wird. Unterstützt wird die vorgeschlagene Form der Zusammenarbeit zwischen Universität und Regierung in Form eines Leistungsauftrags. Die Wahl der Universitätsleitung als oberstes Organ der Universität durch den Regierungsrat wird unterstützt, nicht aber ein Beirat als beratendes Organ für die Regierung. Bedenken bezüglich der Kosten gibt es bei der Festlegung der Abgangsschädigung, welche nicht zum Goldenen Fallschirm werden sollte, zumal die Abberufung nur aus wichtigen Gründen, namentlich nicht erfüllter Ziele erfolgen kann. Ein persönliches Leistungsentgelt wird abgelehnt, da die Gefahr besteht, dass dies intransparent und willkürlich wird. Begrüsst wird die Ausweitung der Möglichkeiten für Zulassungsbeschränkungen im Interesse der Qualität und einer idealen Auslastung in den einzelnen Disziplinen. Mit dem Ziel einer optimalen Ausbildung für Schweizer Erstauszubildende soll die Zulassung dieser vor der Zulassung von Studierenden ohne Maturität und für Studierende aus dem Ausland Priorität haben.

Gebäudeversicherungsgesetz (07.08.)

Die SVP begrüsst die Eckpunkte des neuen Gebäudeversicherungsgesetzes in Bezug auf die Optimierungen der institutionellen Einbettung und Organisation der GVB sowie auf die weiteren Massnahmen. Die meisten unter „Verbesserungen des technischen Ergebnisses des Gebäudeversicherungsgeschäfts“ aufgeführten Vorschläge werden jedoch mit Blick auf das Gebäudeversicherungsmonopol als nicht konsumentenfreundlich beurteilt. Abgelehnt wird die Konkurrenzierung der Privatversicherer durch die GVB als staatlicher Monopolversicherer. Die SVP stellt das Monopol der GVB nicht in Frage, sofern sich die GVB auf ihre bisherigen Kernaufgaben beschränkt und auf Nebentätigkeiten verzichtet. Die GVB muss aber bei einem Monopol nach Meinung der SVP zwingend die Bedürfnisse aller Gebäudeeigentümer bei Feuer- und Elementarschäden abdecken. Die Gemeinden haben Gefahrenkarten zu erstellen, welche die massgebende Grundlage bei der Erarbeitung und Beurteilung von Ortsplanungen und in Baubewilligungsverfahren bilden. Neue Risikoobjekte in besonders gefährdeten Risikogebieten sollten auf diesem Weg vermieden werden können. Bestehende Gebäude sollen bei einem Monopol nur vom Versicherungsschutz ausgenommen werden können, wenn durch zumutbare Massnahmen die Gefährdung verringert werden könnte. Die flächendeckende Elementarschadenversicherung ist insbesondere im ländlichen Raum von grosser Wichtigkeit. Nach den Grundsätzen der Gleichbehandlung von städtischem und ländlichem Raum und der Solidarität ist für Elementarschäden ein einheitlicher Prämiensatz zu erheben. Gefahrenveränderungen, die nicht im Einflussbereich des Gebäudeeigentümers liegen, sollen ihm bei einem Monopol nicht angelastet werden dürfen. Betreffend Grundwasser und Rückstau von Kanalisationen muss das Gesetz nachgebessert werden.

Änderung des Wassernutzungsgesetzes (20.11.)

Die SVP begrüsst die Änderung des Wassernutzungsgesetzes (WNG) und des Dekretes über die Wassernutzungsgebühren. Eine langfristige Sicherung der Stromversorgung hat absoluten Vorrang. Zum heutigen bewährten Strommix im Kanton Bern (Wasserkraft, Kernenergie, erneuerbare Energien) gibt es keine vernünftige und kostengünstige Alternative. Das Wassernutzungsgesetz ist für die zukünftige sinnvolle Nutzung der Wasserkraft (Neukonzessionen, Konzessionsanpassungen und -verlängerungen) ein wichtiges Instrument und muss praktikabel und klar (Abgrenzungen, Zuständigkeiten etc.) ein- und umgesetzt werden können. „Grosszügige“ Rahmenbedingungen und schlanke Verfahren im Konzessions- und Baubewilligungsverfahren sind unabdingbar, weshalb die SVP einige Verbesserungen vorschlägt. Da zwei Fragen offen bleiben („Was genau ist die konzedierte Wassermenge?“ UND „Müssen die gesamten Anlagen einer Neu-Beurteilung unterzogen werden, wenn ein Kraftwerk-Betrieb mehrere Einzelkonzessionen in seinem Perimeter hat und an einer einzelnen Konzession eine Änderung vornimmt?“), fordert die SVP klarere Definitionen im Gesetz.

Änderung des Gesetzes über den Straf- und Massnahmenvollzug (02.11.)

Die SVP ist mit den vorgeschlagenen Änderungen einverstanden und verzichtet auf eine detaillierte Stellungnahme.

Revision des Gesetzes über den Finanz- und Lastenausgleich (Projekt FILAG 2012) (18.12.)

Die SVP Kanton Bern befürwortet die Optimierung des Finanzausgleichs im Interesse einer bestmöglichen Ausgestaltung zu Gunsten der Gemeinden. Die Revision nimmt die von der SVP geforderten Punkte auf und schlägt insbesondere wichtige Neuerungen im Bereich Sozialhilfe vor. Positiv vermerkt wird auch der Versuch, die Fehlanreize bei Mindestausstattung und Harmonisierungsfaktor zu korrigieren. Zu begrüßen ist, dass der Spielraum der Gemeinden hoch gewichtet wird und im Falle besonderer Umstände den Gemeinden bei aller Systematik des Filag auch Ausnahmen gewährt werden. Namentlich bei den Schulen ist es wichtig, dass Schulstrukturen vor Ort möglichst erhalten bleiben, wo dies aus topographischen Gründen Sinn macht. Für die SVP Kanton Bern ist die Flexibilität gegenüber den Gemeinden eine wichtige Grundlage zur Sicherung einer echten Autonomie. Die SVP Kanton erachtet die geographische Lage, d.h. vor allem die Lage der Gemeinde in einer Randregion, als ebenso grundsätzlich und wichtig für die Berechnung des Zuschusses und möchte dies daher im Gesetz nebst den ausdrücklich weiter genannten Kriterien auch so verankert wissen.

III. Tätigkeitsberichte

Parteiorgane

Geschäftsleitung

Der Geschäftsleitung obliegen gemäss Statuten die Aufgaben unter der Überschrift IV, Punkt 3, Art 25. Die Geschäftsleitung tagte 2009 8 Mal.

Parteivorstand

Dem Parteivorstand fallen die Aufgaben gemäss Statuten, Überschrift IV, Punkt 2, Art 23, zu. 2009 tagte der Parteivorstand 6 Mal. Nebst den Standardtraktanden Protokoll und Mitteilungen/Aktuelles sowie den anschliessend der Delegiertenversammlung vorgelegten Geschäfte, wurden vom Parteivorstand im Jahr 2009 folgende Geschäfte behandelt:

- Grossrats- und Regierungsratswahlen 2010
- Ersatzwahl Revisor SVP Kanton Bern
- Stand Vorbereitungen Grossrats- und Regierungsratswahlen - Wahlkonzepte und Wahlziele
- Antrag Strategiekommission zu den Regierungsratswahlen
- Antwortvorschlag im Zusammenhang mit der Familieninitiative und Entwurf
- Antrag Senioren auf Statutenänderung
- Beschluss über die Unterstützung der RR-Kandidaten der FDP

Delegiertenversammlungen

352. Delegiertenversammlung Restaurant „Kreuz“, Belp

8. Januar

- Eidg. Abstimmungsvorlage vom 8.2.2009
 - Personenfreizügigkeit Schweiz – EU: Weiterführung des Abkommens nach 2009 und Ausdehnung auf Bulgarien und Rumänien
- Ersatzwahl Revisor SVP Kanton Bern
- Verschiedenes / Anträge der Amtsverbände und Sektionen

353. Delegiertenversammlung Saalbau, Kirchberg

16. April

- Eidg. Abstimmungsvorlagen vom 17.5.2009
 - „Zukunft mit Komplementärmedizin“ (Gegenentwurf)
 - Genehmigung und die Umsetzung des Notenaustauschs zwischen der Schweiz und der Europäischen Gemeinschaft betreffend die Übernahme der Verordnung über biometrische Pässe und Reisedokumente, Referentin: NR Andrea Geissbühler
- Rechnung 2008
- Budget 2009
- Jahresbericht 2008
- Verschiedenes / Anträge der Amtsverbände und Sektionen

354. Delegiertenversammlung Restaurant „Kreuz“, Belp

24. Juni

- Nomination Regierungsratskandidierende
- Kant. Abstimmungsvorlage vom 27.9.2009
 - Beitritt zur interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der Volksschule (HarmoS)
- Verschiedenes / Anträge der Amtsverbände und Sektionen

355. Delegiertenversammlung Lötschbergzentrum, Spiez

25. August

- Auftakt zu den Grossratswahlen 2010
- Eidg. Abstimmungsvorlage
 - Volksabstimmung am 27. September 2009 über die „Erhöhung der Mehrwertsteuer (MwSt) um 0.4 Prozent“
- Verschiedenes / Anträge der Amtsverbände und Sektionen

356. Delegiertenversammlung Weisses Kreuz, Lyss

27. Oktober

- Beschluss über die Unterstützung der RR-Kandidaten der FDP
- Kant. Abstimmungsvorlage
 - Änderung der Verfassung; Stimmrechtsalter 16
- Eidg. Abstimmungsvorlagen
 - Bundesbeschluss zur Schaffung einer Spezialfinanzierung für Aufgaben im Luftverkehr
 - Volksinitiative «Für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten»
 - Volksinitiative «Gegen den Bau von Minaretten»
- Verschiedenes / Anträge der Amtsverbände und Sektionen

Fachkommissionen

Bau, Verkehr und Energie (BVE)

Die Fachkommission BVE, hat sich mit aktuellen BVE-Themen der Grossratssession auseinander gesetzt und sich während der Session auch entsprechend geäußert. Dazu gehörten parteiübergreifende Gespräche. Die BVE Fachkommission ärgert sich, dass sich in unserem Kanton die Pannen bei Bauprojekten gehäuft haben und diese Tendenz nicht abreißt. Einige Beispiele: Frauenspital, Kantonsapotheke, Mitholztunnel und auch der Tunnelbau im Jura.

Auch beim INO ist vieles schief gelaufen und lässt aufhorchen. Dort wurden ja, wie bekannt, 263 Millionen Franken investiert, und schon in der ersten Etappe stellt man eklatante Baumängel fest, die sogar zu einem Gerichtshandel führten, um die Schadenersatzansprüche für die Baumängel festzulegen. Vor dem Handelsgericht einigten sich der Regierungsrat und die Implemia GU mit einem Vergleich. Und man höre und staune. Der Stimmbürger und Steuerzahler darf weder über die Höhe der vereinbarten Summe noch über den Inhalt des Vergleichs etwas wissen. Es wurde Geheimhaltung beschlossen. Das fördert in keinem Fall das Vertrauen zur BVE und ärgert die Fachkommission sehr.

Diese Tatsachen sind sehr besorgniserregend und viele Steuergelder werden so „verbraten“. Die BVE Kommission stellt fest, dass beim Kanton viele gute Spezialisten angestellt sind. Diese sind aber offenbar nicht in der Lage die Qualität, die Güte und auch die funktionellen Abläufe durchzusetzen. Als gutes oder besser gesagt, als negativstes Beispiel sei das Projekt Frauenspital erwähnt. Da wird eine Generalunternehmung mit der Ausführung der Arbeiten betraut. Aber nicht nur das. Um die Genauigkeit und eben die Güte des Umbauprojektes sicher zu stellen. Um auch die GU zu begleiten, auch zu beaufsichtigen, wird eine weitere Firma zwischengeschaltet, welche bestimmt eine schöne Stange Geld gekostet hat. Und trotzdem ist es zu unglaublichen Pannen gekommen.

Mit einer SVP-Interpellation soll nun nachgefragt werden, warum trotz Spezialisten beim Hochbauamt diese Firma dazwischen geschaltet wurde und wie viel deren Aufwand gekostet hat.

Die BVE Fachkommission hat sich immer während der Session zu einer internen Mittagsveranstaltung getroffen und wir haben dazu auch Persönlichkeiten eingeladen um zu verschiedenen Themen Informationen einzuholen. So konnten wir Frau Regierungsrätin Egger zu einem Mittagsgespräch begrüßen. Haben ihr bei diesem Gespräch mitgeteilt, dass viele Vorkommnisse sehr ärgerlich sind. Wir werden weiter dran bleiben.

Die BVE Fachkommission macht sich auch grosse Sorgen über den Verkehr im Kanton Bern. Vor allem, dass der MIV mehr und mehr behindert und gegenüber dem OeV benachteiligt wird. Vor allem in Grossräumen der Städte ist dies sehr störend und lästig. Wir werden nun eine Motion verfassen, welche diese Problematik anspricht. Dabei soll der Kanton endlich auf die ständigen Schikanen gegenüber dem MIV verzichten.

Um diese Problematik vertieft zu studieren, hat die BVE eine „Studienreise“ nach Zürich unternommen. Begleitet wurden wir von den Herren Deuschle vom kantonalen Amt für OeV und vom Geschäftsführer von Bern Mobil, Herrn René Schmid.

Dort wurden wir von einer sehr kompetenten Delegation der Zürcher Verkehrsbetriebe und der Glattalbahn begrüsst. Bei den Präsentationen und auch beim Besuch der verschiedenen Baustellen durften wir erleben, wie wichtig das Miteinander von MIV und OeV ist und dass es eben auch geht, wenn man nur will.

Es bleibt noch viel zu tun und wir hoffen, dass wir die Arbeit in der neuen Legislatur fortsetzen können.

Carlo Kilchherr, Präsident, Grossrat, Thun

Erziehung (ERZ)

Im vergangenen Jahr wurden im Gossen Rat während den 5 Sessionen im Bildungsbereich (Geschäfte der Erziehungsdirektion) insgesamt 3 Erlasse, 8 Berichte, 24 Motionen, 11 Interpellationen behandelt. Die relativ grosse Flut von Vorstössen ist wahrscheinlich nicht zuletzt auf die bevorstehenden Wahlen zurückzuführen. Auch unsere Fraktion war nicht ganz von diesem Virus gefeit und hat dem letztjährig gerühmten Motto: „Qualität vor Quantität!“ nicht immer streng nachgelebt.

Die Abstimmung „Harmos“ wurde vom Volk knapp angenommen. Die Auswirkungen auf unsere Schulen und deren Lehrplänen wird künftig einigen Gesprächsstoff liefern. Ein grosser Diskussionspunkt wird die Wahl des Einschulungsmodells (Basisstufe / 2 Jahre Kindergarten) sein. Auch die Inhalte der Lehrpläne 21 müssen genau überprüft werden.

Die Auslegung des Integrationsartikels 17 VSG verläuft alles andere als befriedigend. Mit der Auflösung der Kleinklassen werden vor allen die Realklassenlehrkräfte mit der totalen Integration von schwierigen Schülern hoffnungslos überfordert.

Im Zusammenhang mit der Revision des Volksschulgesetzes ist auch dem Selektionsverfahren grösste Beachtung zu schenken. Ein Vorstoss zur selek-

tionsfreien Schule konnte zum Glück deutlich abgelehnt werden, wird aber von der links-grünen Seite weiterhin beharrlich gefordert.

Zu diskutieren gab auch die neue, überarbeitete Fassung der Bildungsstrategie, welche die freiwillige Einführung der Basisstufe seitens der ERZ fordert. Wir sind mit dem Vorgehen nicht einverstanden. Erst müssen die Auswertungen der Tests vorliegen, bevor evaluiert werden kann.

Sorgen bereitet uns nach wie vor die Kostenexplosion im Bildungsbereich, verursacht durch das Fremdsprachenkonzept als auch die ausserschulische Kinderbetreuung. Insbesondere das Angebot von Tageschulen mit Luxusangeboten droht aus dem Ruder zu laufen.

Die Bildungsgruppe SVP wird sich auch im kommenden Jahr intensiv mit der Flut von neuen Anträgen an das Bildungswesen auseinandersetzen und wo nötig, korrigierende Vorstösse generieren.

Werner Hostettler, Präsident, Grossrat, Zollbrück

Finanzen und Verwaltung (FIN)

Im Jahre 2009 tagte die Kommission an den fünf ordentlichen Sitzungen jeweils vor der Session und einmal zusätzlich am 12. Oktober 2009 im Hinblick auf den Voranschlag-Finanzplan. Nebst der Behandlung der finanzrelevanten Vorstösse der einzelnen Sessionen behandelte die Kommission folgende Schwerpunkte:

Handänderungs- und Pfandrechtssteuern: Die Pfandrechtssteuer wurde abgeschafft. Für eine Abschaffung oder spürbare Senkung der Handänderungssteuer fehlte am Schluss nach der 2. Lesung die Mehrheit, da einzelne Vertreter der BDP ausscherten und mit dem Links-Grünen Lager stimmten. Es bleibt zu hoffen, dass in diesem Bereich eine Volksinitiative lanciert wird.

Fonds zur Deckung von Investitionsspitzen: Die SVP wehrte sich vergeblich gegen diesen Fonds, der nichts weiter ist als ein zusätzliches „Kässeli“ anstatt seriöse Finanzpolitik zu machen und die zu erwartenden Ausgaben und Investitionen im Voranschlag und Finanzplan zu erfassen. Aber dies würde dazu führen, dass auf der Ausgabenseite Kürzungen vorgenommen werden, und das will bekanntlich die Regierung nicht. Ein ähnliches Vorgehen hat die SVP bereits im Zusammenhang mit dem Spitalinvestitionsfonds kritisiert.

Voranschlag/Finanzplan: Die SVP hat als einzige Partei eine Rückweisung des Voranschlages verlangt mit der Auflage, endlich das überproportionale Ausgabenwachstum zu bremsen. Leider erhielt die SVP von den anderen bürgerlichen Parteien keine Unterstützung. Die SVP Fraktion hat den Voranschlag danach abgelehnt. Auch den Finanzplan konnte die SVP in der vorgelegten Fassung nicht gutheissen. Es zeigt sich jedoch, dass bei den Finan-

zen, wenn es hart auf hart geht, im Grossen Rat in der heutigen Zusammensetzung keine echte bürgerliche Mehrheit mehr besteht. Die SVP hat mit mehreren Motionen aufgezeigt, wie insbesondere auf der Ausgabenseite Korrekturen anzubringen sind. Ebenso verlangt sie mit einer Motion die Wiederaufnahme des vom Regierungsrat abgebrochenen Aufgabendialoges zur Hinterfragung sämtlicher Staatsausgaben. Die Vertreter der anderen Parteien im dafür zuständigen Büro des Grossen Rates haben es fertig gebracht, diese Motionen für „nicht dringlich“ zu erklären....

Steuergesetzrevision 2011: Trotz klarem Auftrag des Grossen Rates befand es der Regierungsrat nicht für nötig, eine Vorlage mit einer echten Steuerensenkung insbesondere für natürliche Personen vorzulegen. Im Jahr 2009 erfolgte noch die 1. Lesung des StG 2011 und gemäss Willen der Kommission und auch des Grossen Rates würde die Steuerentlastung wesentlich weiter gehen als vom Regierungsrat vorgelegt. Ob die Beschlüsse des Grossen Rates auch in der 2. Lesung (Märzsession 2010) Bestand haben werden und insbesondere die anderen bürgerlichen Parteien nicht wieder ausscheren, muss sich zeigen. Die SVP wird weiterhin alles daran setzen, dass die Steuerbelastung im Kanton Bern für natürliche Personen wieder erträglich wird und der Kanton Bern im Schweizerischen Schnitt wieder mindestens einen Mittelfeldplatz einnehmen kann.

Andreas Blank, Präsident, Grossrat, Aarberg

Gesundheit und Fürsorge (GEF)

Weitgehend unbeachtet entwickelt sich das grösste Finanzgeschäft unseres Kantons zu einer Lawine. Das neue Bundesgesetz, das die Finanzierung der Spitäler neu regelt, trifft unseren Kanton sehr hart. Die Regierung hat es versäumt, die notwendigen Weichenstellungen vorzunehmen, damit die Auswirkungen noch erträglich bleiben. Man spricht von Fr. 280 Mio jährlichen Ausgaben, die neu in die Staatsrechnung aufgenommen werden müssen, und ein dunkles Szenario rechnet mit zusätzlichen Fr. 100 Mio, die der Kanton übernehmen muss.

Auslöser ist die Übernahme von 55% aller Kosten für die Grundversicherung, die in den Spitälern auf der Spitalliste anfallen. Weil die Spitalliste vom GEF-Regierungsrat – er ist zuständig – nicht verkleinert wurde, fallen die Kosten ungebremst an. Das ist mehr als unverständlich, haben wir doch mit Vorstössen im Grossen Rat die Regierung aufgefordert, die notwendigen Schritte einzuleiten.

Der Regierungsrat ist in den letzten Jahren drei Mal sehr heftig von offizieller Seite – Bund und Bundesgericht – gerügt worden, er möchte seine Hausauf-

gaben wie andere Kanton erledigen und die Spitalliste bereinigen, leider ohne Erfolg. Nun müssen wir die Folgen tragen.

Weiter hat der Grosse Rat eine von unserer Fraktion mitgetragene Motion überwiesen, wie in 15 anderen Kantonen auch im Kanton Bern ein Krebsregister einzuführen. Erst damit wird es möglich sein, die Therapien auf ihre Wirksamkeit zu überprüfen. Kostenpunkt: etwa eine Mio Franken jährlich. Nun hat die Regierung beschlossen, aus Kostengründen das Projekt zu verschieben. Das kommt unserem Universitätsspital sehr gelegen, denn damit ist die „Insel“ vorläufig von der Qualitätskontrolle bei der Krebsbehandlung weiterhin befreit. Das ist unverhältnismässig – siehe die Beträge oben – und unverständlich.

Die SVP-Fraktion hat einen Vorstoss für mehr Hausärzte unterstützt und die Regierung zum Handeln aufgefordert, hoffentlich mit Erfolg, sind doch die Hausärzte eine volkswirtschaftlich günstige Lösung im Gesundheitswesen.

Das gesamte Gesundheitswesen ist im Umbruch. Zuwenig Hausärzte sind in Sicht, neue „Ambulatorien“ müssen im ländlichen Raum geschaffen werden, um die Bevölkerung zu versorgen, das Pflegepersonal, aber auch Ärzte müssen im Ausland rekrutiert werden, die Alterspyramide der Bevölkerung stellte uns neue Aufgaben in der Altenpflege und im Geriatriebereich.

All das sind enorme Aufgaben, die uns warten. Es darf aber nicht sein, dass unsere Regierung den anerkanntermassen engen Handlungsspielraum nicht ausnützt und nicht handelt. Unser Kanton ist aus der Sicht der Santésuisse in der Anpassung an die neuen Aufgaben stehen geblieben und am Schluss der Kantone. Das muss finanziert werden mit hohen Krankenkassenprämien und mit enormen Staatsbeiträgen. Das ist bedenklich und müsste nicht sein. Die GEF-Gruppe der SVP trifft sich regelmässig während der Session mit Exponenten der Front. Wir sind gut vernetzt und können bei Bedarf auf Fachleute aus den verschiedenen Gebieten des Gesundheitswesens zurückgreifen. Die Arbeit ist interessant, aber auch anforderungsreich für Laien, wie wir Grossräte sind.

Andreas Lanz, Präsident, Grossrat, Thun

Justiz, Gemeinden und Kirchen (JGK)

Am 11. Juni 2009 verabschiedete der bernische Grosse Rat in zweiter Lesung die gesetzgeberische Umsetzung der Justizreform, dies nach einer spannenden, nahezu dramatisch verlaufenden Debatte. Anlass also, um Rückblick auf die letzten Monate zu halten und zugleich nach vorn zu blicken. Der für die Justizreform zuständige Regierungsrat, Christoph Neuhaus, der sich mit seiner Direktion fast Tag täglich mit diesem Thema konfrontiert sah, hat der SVP Fraktion in mancher Hinsicht sehr wertvolle Unterstützung geboten. Besten Dank an die Justizdirektion und an Christoph Neuhaus.

Nebst der laufenden Verwaltungsreform befasste sich der Grosse Rat mit diversen Gesetzesänderungen die in der Kompetenz der Justizkommission lagen.

Es sind dies:

- Gesetz über die Organisation der Gerichtsbehörden
- Einführungsgesetz zur Zivilprozessordnung und zur Jugendstrafprozessordnung
- Gesetz betreffend die Handänderungs- und Pfandrechtssteuern

Nicht zu vergessen sind die verschiedenen Parlamentarischen Vorstösse zur Erhaltung und den Schutz der Fruchtfolgeflächen im Kanton Bern.

Die Beschleunigung und Förderung der Gemeindefusionen beschäftigte den Grossen Rat über das ganze Jahr.

Bei den Richterwahlen waren folgend Ersatz- Neu- und Wiederwahlen vorzunehmen:

- Wiederwahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder des Verwaltungsgerichts,
- Wiederwahl der Mitglieder der bernischen Jugendgerichte,
- Wiederwahl der Mitglieder der Rekurskommission für Massnahmen gegenüber Fahrzeugführern,
- Wahl eines Mitglieds und eines Ersatzmitglieds des Obergerichts
- Wahl des Präsidenten des Verwaltungsgerichts,
- Wahl des Generalprokurators,
- Wahl der Mitglieder der Steuerrekurskommission

Viele Mitglieder der Fachkommission Justiz, Gemeinden und Kirchen haben in verschiedenen vorberatenden Kommissionen des Grossen Rates des Kantons Bern mit ihrem Engagement dazu beigetragen, dass das Gedankengut der SVP in der Gesetzeslandschaft des Kantons eingebracht werden konnte. Dafür möchte ich ganz herzlich danken.

Fritz Ruchti, Präsident, Grossrat, Seewil

Polizei und Militär (POM)

Die Kommission führte im Jahr 2009 drei Sitzungen durch. In allen Sitzungen wurden die Mitglieder über die, die Kommission betreffenden Geschäfte, welche in den vorgängigen Grossratssessionen besprochen wurden, orientiert. Der Präsident der Kommission informierte auch über die anstehenden Geschäfte der kommenden Sessionen. Die Fachspezialisten und Grossräte der Kommission nahmen so zum Beispiel zu folgenden Geschäften Stellung:

- Euro aus Sicht der Einsatzkräfte
- Verpflichtungskredit Sportanlage Biel
- Vorstoss "Häsler/Kneubühler/Blank" betreffend dem „Sexgewerbe“
- Vorstoss „Würdige Entlassung der Wehrmänner“
- Strassenverkehrsgebühren
- Überarbeitung GVB Gesetz

Des weitern konnten die Mitglieder das praktische „Waffenrecht“, resp. dessen Umsetzung, im Schiesskeller der Kantonspolizei Bern üben.

Die vierte Sitzung wurde wegen dem tragischen Hinscheiden unseres Kommissionsmitgliedes, Rudolf Bieri, kurzfristig abgesagt. Mit ihm verloren wir einen treuen und bodenständigen Kameraden.

Christian Hadorn, Präsident, Grossrat, Ochlenberg

Volkswirtschaft (VOL)

Die Fraktionsgeschäfte der Volkswirtschaftsdirektion behandelten wir in der Landwirtschaftskommission.

Wichtige Themen und Vorstösse waren:

- Bericht zur Wirtschaftslage
- Keine unverhältnismässigen Kürzungen der Direktzahlungen
- Gesetz über die Förderung von preisgünstigem Mietwohnungsangebot
- Forderungen nach mehr Arbeitsplätzen
- Grosse Diskussion über die Blauzungenimpfung
- Standesinitiative zur Ernährungssouveränität

Mit der fachkundigen Unterstützung eines Versicherungsspezialisten, erarbeiteten wir die Vernehmlassung zum Gebäudeversicherungsgesetz (GVG). Das Monopol der GVB stellten wir nicht direkt in Frage, sofern sich die GVB auf ihre bisherigen Kernaufgaben beschränkt und auf geplante Nebentätigkeiten verzichtet.

Eine Ausdehnung der Versicherungstätigkeiten würde eine Konkurrenzierung der Privatversicherer bedeuten. Weitere strittige Punkte sind:

- Nichtaufnahme oder Ausschluss
- Versicherungswerte
- Gefahrveränderung / Elementarschäden
- Abbruchobjekte

Die 1. Lesung des Gesetzes findet in der Januarsession 2010 statt.

Im Herbst des Berichtsjahres erarbeiteten wir die Legislaturziele der SVP Fraktion für 2010 bis 2014 mit den folgenden Schwerpunkten für unsere Kommission:

- Abbau der kontrolltechnischen und administrativen Auflagen in allen Bereichen des Gewerbes und der Landwirtschaft.
- Die Förderung dezentraler Strukturen im Interesse der Arbeits- und Ausbildungsplätze durch funktionierende Zufahrtswege und Verzicht auf unnötige Zentralisierungen.
- Die Förderung regionsübergreifender Tourismuskonzepte.

Elisabeth Schwarz, Präsidentin, Grossrätin, Steffisburg

SVP Frauen Kanton Bern

Das Jahr 2009 geht als ruhiges Jahr in die Geschichte der SVP Frauen ein und stand im Zeichen der Vorbereitung der Regierungsrats- und Grossratswahlen 2010. Nach einigen Diskussionen beschlossen die Vorstandsfrauen, die Strategie des Parteivorstandes zu stützen und keine eigene Kandidatur für die Regierungsratswahlen zu stellen. Für die Grossratswahlen haben sich 48 kompetente, engagierte Frauen aus allen Wahlkreisen zur Verfügung gestellt.

Einiges zu reden gab die Medienmitteilung der SVP Frauen zu den Aussagen von NR Jasmin Hutter anlässlich ihrer Rücktritts-Ankündigung: Es liegt in der Verantwortung der Familie selbst, welche Rollen die einzelnen Partner innerhalb der Familie übernehmen. Ob sich eine Frau für den Beruf, für Kinder oder Politik, oder für Beruf, Kinder und Politik entscheidet, basiert auf einem gemeinsamen abgewogenen Entscheid der Partner und auf Grund der individuellen Situation innerhalb der Familie. Die SVP Frauen Kanton Bern definieren ihr Rollenbild selbst, nach den Bedürfnissen der Familie und nicht nach den Vorgaben der Partei.

Im November 2009 fand zum ersten Mal der SVP Frühschoppen in Bern statt. Zusammen mit den SVP Senioren und der jungen SVP ist es gelungen, einen interessanten Anlass zu organisieren, der den Zusammenhalt innerhalb der SVP Familie fördert.

Ich danke allen Vorstandsfrauen ganz herzlich für die engagierte Mitarbeit!

Jolanda Brunner, Präsidentin, Gemeinderätin, Spiez

JSVP Kanton Bern

Erneut ein sehr erfolgreiches Jahr für die Jungen SVP Kanton Bern

Nach dem erfolgreichen Zustandebringen des Referendums gegen die Personenfreizügigkeit mit Rumänien und Bulgarien und des kantonalen Referendums gegen Harnos im Jahr 2008, starteten wir bereits anfangs 2009 die Abstimmungskämpfe der beiden Vorlagen. Im Januar organisierte die Junge SVP Kanton Bern den grössten Anlass ihrer Geschichte: Wir luden Alt-BR Christoph Blocher nach Langenthal zu einem Referat über die Personenfreizügigkeit ein. Der Anlass wurde von über 1000 Personen besucht und war ein voller Erfolg. Im Vorfeld der Abstimmung zur Personenfreizügigkeit am 8. Februar haben wir noch weitere Anlässe organisiert, wie z.B. zahlreiche

Standaktionen, Podiumsdiskussionen etc. Leider haben wir die Abstimmung dann knapp verloren.

Im Jahr 2009 haben wir es uns zum Ziel gesetzt, die Junge SVP Kanton Bern in den Wahlkreisen des Kantons besser zu verankern. Dies ist gelungen und mittlerweile hat die Junge SVP in allen Wahlkreisen aktive Wahlkreis-Präsidenten, welche die Politik der Jungen SVP auf regionaler Ebene vertreten. Das nächste Ziel ist es, diese bestehenden Wahlkreise in Regionen aufzuteilen, die ebenfalls durch aktive Präsidenten und Vorstände repräsentiert werden. Somit soll ein noch dichteres Netz geschaffen werden, um mit Standaktionen, Plakatieren etc. umfassend auf regionaler Ebene präsent zu sein und die politischen Anliegen der Jungen SVP vertreten zu können. In einigen Teilen der bestehenden Wahlkreise gibt es bereits solche Regionalpräsidenten, welche gute Arbeit leisten. Somit ist bereits ein grosser Schritt vorwärts gemacht worden und dieses Ziel wird auch im Jahr 2010 weiterhin verfolgt werden.

In verschiedenen Regionen des Kantons Bern haben wir 2009 das politische Geschehen aktiv beeinflussen können, wie z.B. in Interlaken. Dort konnte die Junge SVP Kanton Bern erfolgreich die Fusion der Gemeinden Interlaken, Matten und Unterseen verhindern. Wir waren die einzige Partei, welche gegen die Fusion war, und haben unser Ziel dank engagierter Standaktionen, der Verteilung von Flugblättern etc. erreicht. Dies zeigt einmal mehr, dass junge Leute, die sich politisch engagieren, etwas erreichen können. Ebenfalls im Jahr 2009 haben wir gegen die Regionalkonferenz Bern-Mittelland angekämpft. Diese Abstimmung haben wir bedauerlicherweise deutlich verloren.

Im Herbst folgte die Harnos Abstimmung. Im ganzen Kanton wurden Standaktionen durchgeführt und Plakate aufgehängt. Die Junge SVP war sehr aktiv und zeigte grossen Einsatz, aber es ging auch diese Abstimmung knapp verloren. Die Konsequenzen daraus müssen nun letztendlich wir Jungen tragen, da wir dank Harnos die Verantwortung für unsere eigenen Kinder und deren Erziehung nicht mehr vollumfänglich wahrnehmen dürfen. Ebenfalls im Herbst lancierten Vertreter der Jungen SVP Kanton Bern erfolgreich eine Petition gegen das Rauchverbot und für mehr unternehmerische Freiheiten, welche mit über 64 000 Stimmen im Dezember abgegeben wurde.

Auch im 2009 haben wir unsere traditionellen Jahresanlässe (Parlamentarierclub, Grillplausch, Burezmorge, Fondue-Chinoise Essen) wieder massiv ausbauen können. An jeden dieser Anlässe kamen mehr Leute als im Vorjahr – ein voller Erfolg. Zudem hatten wir die Möglichkeit, noch weitere interessante Anlässe durchzuführen. So ging die Junge SVP das erste Mal in ihrer Geschichte geschlossen an ein Feldschiessen, bei dem nicht nur einige Mitglieder sehr erfolgreich waren, sondern auch die Geselligkeit und Kollegialität gepflegt wurden. Dank der aktiven und engagierten Arbeit der Jungen SVP

haben wir auch im Jahr 2009 unsere Mitgliederzahlen erneut massiv steigern können, worauf wir stolz sein dürfen.

Wenn Sie oder jemand aus Ihrem Bekanntenkreis sich für eine aktive Mitarbeit in der Jungen SVP interessieren, melden Sie sich bitte bei uns. Wir brauchen immer motivierte und engagierte Leute.

Erich J. Hess, Präsident, Stadtrat, Bern
www.jsvpbern.ch

SVP Senioren Kanton Bern

Soweit erkennbar, waren in der Berichtsperiode keine Austritte wegen der Parteienspaltung mehr zu verzeichnen.

Die üblichen Abgänge infolge Tod und hohen Alters konnten durch Neueintritte gut kompensiert werden. Die Zahl der Mitglieder hat sich von 94 auf 116 und diejenige der Sympathisanten von 36 auf 48 erhöht. Wir danken allen Bisherigen für ihre Treue und heissen alle neuen Mitglieder und Sympathisanten willkommen.

Die Hauptversammlung vom 12. März 2009 hat den Mitgliederbeitrag unverändert bei Fr. 20.00 für Einzelpersonen und Fr. 30.00 für Ehepaare belassen. Im Anschluss an die Hauptversammlung referierte unser RR Christoph Neuhaus über aktuelle Herausforderungen in seinen Direktionen, mit anschliessender reger Diskussion.

Am Montag, 29. Juni 2009 führten wir im Gasthof Krone in Aarberg eine öffentliche Veranstaltung durch zum Thema: AHV und berufliche Altersvorsorge, wie weiter? Unser NR Jean-Pierre Graber, La Neuveville und Urs Martin, Sekretär der SVP-Bundeshausfraktion orientierten kompetent über die anstehenden schwierigen Probleme unserer Sozialwerke.

Am Donnerstag, 13. August 2009 nahmen zahlreiche Mitglieder und Sympathisanten teil an einem Besuch bei unserem Präsidenten der SVP Schweiz, NR Toni Brunner in seinem Landgasthof zur Sonne, im Toggenburg. Bei guter ländlicher Verpflegung konnten locker politische Probleme jeder Art diskutiert werden.

Ein Höhepunkt war der 1. Berner SVP-Frühshoppen von Sonntag, 22. November 2009, um 10.30 Uhr im Kornhauskeller, in Bern. Diesen Anlass haben wir zusammen mit den SVP Frauen und der Jungen SVP durchgeführt.

Unser NR Adrian Amstutz und Prof. Iwan Rickenbacher, Kommunikationsberater, referierten zum Thema "Die Schweiz unter Druck". Bewusst haben wir den Anlass im historischen Kornhauskeller in Bern in geselligem Rahmen mit einem einfachen Mittagessen mit den Swiss Ländler Gamblers durchgeführt. Wir möchten diesen Anlass zur Berner SVP-Tradition werden lassen und planen den nächsten Frühschoppen am Sonntag, 31. Oktober 2010 durchzuführen.

Unsere letzte Veranstaltung für unsere Mitglieder und Sympathisanten war ein Besuch im Berner Rathaus von Mittwoch, 9. Dezember 2009 unter Leitung von GR Peter Brand mit anschliessendem Nachtessen.

Anlässlich der Vorstandssitzungen diskutierten wir aktuelle Probleme im Gesundheitswesen und über die Finanzierung von hohen Lebenskosten im Alter.

Die Besuche auf unserer Homepage bei www.svp-bern.ch/index.php?ConObj=2201 haben sich erfreulich entwickelt, im Oktober und November 2009 mit zusammen über 1'000 Zugriffen. Unser Webmaster Waldemar Eymann sorgt laufend für Aktualisierungen im Text und in der Bildergalerie.

Rudolf Graf, Präsident, Aarwangen

Wahlkreise

Bern-Mittelland

Das Jahr des Umbruchs

Nachdem die Amtsverbände aufgehoben und an ihrer Stelle die Wahlkreise Mittelland-Nord, noch im alten Jahr, und Mittelland-Süd, im Frühling 2009, gegründet worden sind, konnte der Verwaltungskreis Bern-Mittelland seine zum Voraus bestimmten Organisationsstrukturen einführen und konsolidieren.

Der Vorstand wurde an der, zum letzten Mal in alter Zusammensetzung, tagenden Delegiertenversammlung vom 9. März, definitiv gewählt. Er setzt sich wie folgt zusammen:

Bernasconi Peter, GR, Präsident, Freiburghaus Fritz, GR, Vizepräsident, Geiser Marlène, SVP Frauen Kanton Bern, Geissbühler Andrea, Nationalrätin, Guggisberg Rudolf, Justiz, Reusser Adrian, JSVP, Schneider Doris, Sekretariat, Spycher Christian, Regionalkonferenz. Von Amtes wegen sind die Präsidenten und zusätzlich ein Vertreter der Wahlkreise im Vorstand vertreten. Der Erstgenannte ist immer der Präsident. Mittelland-Nord: Freiburghaus Fritz, GR und Ceccato Felix; Mittelland-Bern: Bernasconi Peter, GR und Jakob Roland; Mittelland-Süd: Messerli Paul und Widmer Ernst.

Im vergangenen Geschäftsjahr wurden abwechselungsweise in den drei Wahlkreisen, 4 Vorstandssitzungen durchgeführt. Der Vorstand befasste sich vor allem mit der Organisation der Regierungsstatthalterwahlen und der Auflösung der Aktiven. Bern Mittelland führt gemäss Statuten, nur noch eine Aufwandrechnung und erhebt keine Mitgliederbeiträge mehr, weil ihr Aufgabenbereich gegenüber den früheren Amtsverbänden sinnvollerweise stark reduziert worden ist.

Mit der Verpflichtung von Jean-Pierre Vicari von Münchenbuchsee, dem amtierenden Kreisgerichtspräsidenten für die Regierungsstatthalterwahlen, gelang es dem Wahlausschuss für den Wahlkampf eine hervorragend qualifizierte Persönlichkeit zu gewinnen. An der März-DV wurde Herr Vicari einstimmig nominiert.

Unter der hervorragenden Führung von alt GR- Ruedi Guggisberg tagten die Mitglieder der überparteilichen Wahlleitung Peter Brand, Peter Bernasconi, Martin Baltisser, Doris Schneider, Rudolf Joder, Ursula Vögeli, Hans-Jürg Aeschbacher, Adrian Haas, Thomas Balmer und Aliko Panayides 4 Mal.

Trotz einem Wahlkampfbudget von CHF 103'000.- und einem bestqualifizierten Kandidaten unterlag Jean-Pierre Vicari (41.1%) dem Kontrahenten Christoph Lerch, SP (59.5%). Mit der Besetzung von 5 von 10 Regierungsstatthalter-Sitzen gelang der SVP auf kantonaler Ebene jedoch ein hervorragendes Wahlergebnis.

Die Delegierten genehmigten an ihrer Versammlung am 9. März in Münchenbuchse den Jahresbericht, die Jahresrechnung, die einen Gewinn von CHF 5'101.- ausgewiesen hat und die Verteilung der Aktiven. Die Basis zur Auszahlung an die drei Wahlkreise bildeten die aktuellen Mitgliederzahlen der entsprechenden Sektionen. Die Sektionen, welche aufgrund der Bezirksreform nicht mehr zu Bern-Mittelland gehören, haben nach dem gleichen Verteilerschlüssel ihren Anteil am Aktivüberschuss erhalten.

Allen Vorstandskolleginnen und -kollegen danke ich für die gute Zusammenarbeit herzlich, im Speziellen Doris Schneider (Sekretariat), Ruedi Guggisberg (Wahlleitung Regierungsstatthalterwahlen) und Markus Truog (Rechnungsführung) für ihren Sondereinsatz.

Peter Bernasconi, Präsident, Grossrat, Bern

Emmental

Das vergangene Jahr war für die „neue“ SVP Emmental, infolge der Auswirkungen der Verwaltungsreform, ein Jahr des Aufbruchs, der Erneuerung und der Vorbereitung für die Grossrats- und Regierungsratswahlen 2010.

Die Tatsache, dass jede neue Situation nebst Risiken auch Chancen bietet, zeigte sich auch mit der Gründung von neuen Parteien. Wir sind im Emmental auf Stufe Vorstand und zunehmend auch auf Stufe Sektion engagierter und politischer geworden. Der neue SVP Vorstand, welcher auch im Emmental den neuen Regionen entspricht, funktioniert gut.

Eine grosse Herausforderung und Bewährungsprobe stellen die Regierungs- und Grossratswahlen 2010 für unsere Partei im neuen Wahlkreis Emmental dar. Mit der Liste „Oberes Emmental“, welche die Nr. 1 trägt, und der Liste Nr. 2 „Unteres Emmental“ stellen sich 30 hervorragende Kandidatinnen und Kandidaten für unsere Partei zur Verfügung. Ich wage zu behaupten, dass die SVP unserer Region kaum einmal so vielseitig ausgewiesene und gut verankerte Persönlichkeiten zur Wahl stellen konnte.

Die Vorselektion für die Grossratswahlen erwiesen sich als nicht ganz einfach, standen doch mehr Kandidaten als Listenplätze zur Verfügung. Mit Peter Dubach, dem versierten Wahlleiter, konnte die SVP Emmental bereits rechtzeitig die nötigen Weichen für die Planung und Durchführung von Wahlveranstaltungen verschiedenster Art stellen und das Aufschalten von Internetauftritten lancieren.

Entscheidend für die Wahlen vom 27. und 28. März 2010 wird die Wahlbeteiligung sein. Nach den letzten Nationalratswahlen wurde festgestellt, dass

sich die Bürgerinnen und Bürger im ländlichen Raum bedeutend weniger an den Wahlen beteiligt hatten als die in den städtischen Agglomerationen. Es bleibt die Aufgabe aller SVP-ler, im Umfeld von Familie, Verwandten, Bekannten und Freunden für das Stimm- und Wahlrecht zu sensibilisieren.

Wahltag ist Zahhtag. Gespannt warten wir am Sonntagabend vom 28. März 2010 auf die Wahlergebnisse der SVP Emmental.

Andreas Aebi, Präsident, Nationalrat, Alchenstorf

Jura bernois

L'année 2009 a été relativement calme en matière de campagnes électorales pour l'UDC du Jura bernois puisque seuls des renouvellements au niveau communal étaient programmés. A ce sujet, un bon travail de terrain a permis à l'UDC d'obtenir d'excellents résultats, notamment à Tavannes, où notre parti a décroché la palme en boutant le maire séparatiste de gauche hors du Conseil municipal. Félicitations à Pierre-André Geiser pour son magnifique résultat qui a donné le ton pour les élections cantonales et régionales du 28 mars 2010. A Court, l'UDC a conservé ses deux mandats malgré une concurrence accrue. Une section a vu le jour à Bévillard. Les résultats enregistrés dans cette localité ont toutefois été quelque peu en demi-teinte, dans la mesure où les objectifs n'ont pas été atteints. La présence de l'UDC a néanmoins permis à la droite de se renforcer.

L'année 2009 a permis à l'UDC du Jura bernois de continuer à s'affirmer comme le seul parti véritablement antiséparatiste, notamment par les actions de ses représentants au Conseil national, au Grand conseil et à l'Assemblée interjurassienne (AIJ) ainsi que par des initiatives ponctuelles, le tout bien relayé par la presse régionale. Au cas particulier, il est certain que les efforts entrepris porteront encore de nombreux fruits à l'avenir. Nous avons en outre enregistré avec satisfaction et fierté la nomination de Christian Herrmann au Tribunal fédéral.

Au cours de l'année 2009, le comité directeur de l'UDC du Jura bernois s'est réuni à sept reprises avec une participation optimale et dans une ambiance constructive. Aujourd'hui et comme nous l'avions déjà relevé l'année dernière, nous pouvons confirmer avec satisfaction que ses deux mamelles, qui sont la cohésion et la camaraderie, prennent encore et toujours une place de plus en plus importante. L'assemblée générale, organisée au mois de mai à Sonceboz, a vu la participation de quelque 150 personnes venues écouter le Conseiller national Oskar Freisinger.

L'assemblée générale extraordinaire du mois de novembre 2009 à Tavannes, avec la participation du Conseiller national Yvan Perrin, a été organisée pour le lancement de la campagne 2010. A cette occasion, les candidats de l'UDC du Jura bernois ont été dévoilés. Leur qualité exceptionnelle a été relevée en présence du président de l'UDC du canton de Berne, le Conseiller national Rudolf Joder.

Nous pouvons dès lors affirmer que nous partons de manière optimale dans le combat des élections du 28 mars 2010.

Je tiens ici à remercier chaleureusement toutes celles et tous ceux qui ont œuvré sans relâche aux succès collectifs et personnels dont l'UDC du Jura bernois a été gratifié en 2009.

Claude Röthlisberger, président, Reconvilier

Oberaargau

Das Jahr 2009 stand bei der SVP Oberaargau ganz im Zeichen der Vorbereitung für die GR- und RR- Wahlen 2010. Diese wurden sowohl vom Vorstand (Listengestaltung, Kandidierende) wie auch vom eingesetzten Wahlkomitee (Wahlkampf) intensiv bearbeitet.

Die SVP-Mitglieder waren zu verschiedenen Versammlungen und Anlässen eingeladen.

Delegierten- und Hauptversammlung

Am 20. Januar 2009 stand die Abstimmung zur Personenfreizügigkeit Schweiz – EU im Brennpunkt. NR Johann N. Schneider-Ammann, FDP, Langenthal (PRO) und NR Walter Wobmann, SVP, Grezenbach/SO (CONTRA) informierten und stellten sich den Fragen von Bruno Utz, BR/LT, Langenthal und den zahlreichen Interessierten.

Am 18. März 2009 trafen sich die Delegierten zur Haupt- und anschliessenden Delegiertenversammlung. Die Traktanden der HV gaben zu keiner grossen Diskussion Anlass. Für die Wahlen 2010 wurden Fr. 25.000.00 bewilligt. Im 2. Teil stellten sich die Delegierten klar hinter den Antrag des Vorstandes, mit einer Liste mit 12 Kandidatinnen und Kandidaten zu den GR-Wahlen anzutreten.

Im 3. Teil wurden die Abstimmungsparolen für die Abstimmungen vom 17. Mai 2009, „Biometrischer Pass und Reisefreiheit“ sowie „Zukunft mit Komplementärmedizin“ gefasst.

Am 19. August 2009 stand die Delegiertenversammlung ganz im Zeichen der Nomination der 12 GR-Kandidierenden der SVP Oberaargau. Als Gast konnten die zahlreich erschienenen Delegierten den Präsidenten der SVP Schweiz, NR Toni Brunner, begrüßen. Ebenfalls anwesend waren die beiden SVP-RR-Kandidaten Christoph Neuhaus und Albert Rösti.

Mit grossem Applaus wurden die zwei Kandidatinnen und 10 Kandidaten nominiert und die Listengestaltung verabschiedet.

Im 2. Teil stellte NR Andreas Aebi, SVP, Alchenstorf, die Eidgenössischen Abstimmungsvorlagen vom 27. September 2009 vor. Die Delegierten fassten ebenfalls die Parole für die Kantonale Abstimmung „HarmoS“.

Am 5. November 2009 war NR Hansruedi Wandfluh, SVP, Frutigen, zu Gast bei der SVP Oberaargau. Er stellte 2 der 3 Eidgenössischen Vorlagen vom 29. November 2009 vor.

Die Volksinitiative „Gegen den Bau von Minaretten“ wurde von Patrick Freudiger, Vizepräsident JSVP Kanton Bern, erläutert.

Zur kantonalen Vorlage „Stimmrechtsalter 16“ referierte Davis Herzig, Sekretär JSVP Kanton Bern.

Weitere Veranstaltungen:

Am 20. Juni 2009 waren die Sektions-Präsidentinnen und -Präsidenten zu ihrer 2. Konferenz eingeladen.

Neben den GR- und RR-Wahlen 2010 waren

- Parteienfinanzierung im Oberaargau

- Situation in den Sektionen

- Bericht zu den Aufgaben der Büromitglieder des Grossen Rates

Themen, die zu einem regen und engagierten Austausch der Meinungen beitrugen.

Am 30. April 2009 lud die SVP Oberaargau zu einer öffentlichen Podiumsdiskussion zu „HarmoS“ ein. Silvia Jäger, Schulinspektorat Emmental-Oberaargau, hielt ein Einstiegsreferat. Anschliessend diskutierten Befürworter und Gegner unter der Leitung von Jolanda Brunner, Präsidentin SVP Frauen Kanton Bern.

Am 31. August 2009 war Bundesrat Ueli Maurer auf Einladung der Sektion Herzogenbuchsee und der SVP Oberaargau auf Antrittsbesuch im Oberaargau. „Sicherheit geht uns alle an“ war sein Thema, mit welchem ein vollbesetzter Sonnensaal in Herzogenbuchsee begeistert wurde. Für RR- und GR-Kandidierende war dies der erste öffentliche Auftritt nach der Nomination im Oberaargau.

Das Wahlkomitee (8 Mitglieder), unter der Leitung von Wahlleiter Klaus Reinmann, traf sich im 2009 zu insgesamt 7 Sitzungen, in welchen die GR-Wahlen 2010 vorbereitet wurden. Zusätzlich traf sich das Wahlkomitee je

einmal mit den GR-Kandidierenden und einmal mit den Sektionspräsidentinnen und -präsidenten und den GR-Kandidierenden.

Am „glatte Märli“ in Langenthal (30./31.10 und 01.11.), beim „Lädele am 1. Advent“ in Wangen a A (29.11.) und am Altjahresmarkt in Huttwil (30.12.) hatten die Kandidierenden Kontakt mit den Wählerinnen und Wählern des neuen Wahlkreises Oberaargau.

In 6 Vorstandssitzungen wurden die Geschäfte der SVP Oberaargau behandelt, beraten und verabschiedet.

Christian Hadorn, Präsident, Grossrat, Ochlenberg

Oberland

„Das demokratische System, zu dem unser Staat sich bekennt, beruht auf der Überzeugung, dass man den Menschen die Wahrheit sagen kann.“

Carl Friedrich von Weizsäcker

Drei Abstimmungsergebnisse (Verbot von Minaretten, HarmoS, Stimmrechtsalter 16) zeigen auf, dass die Demokratie, wie es schon Winston Churchill festgestellt hat, nach wie vor die beste Staatsform ist. Bedingung aber ist, dass Volksentscheide von Regierungsmitgliedern, Parlamentariern und Medienschaffenden entsprechend akzeptiert werden. Was da aber im Nachgang zur Abstimmung zum Bauverbot von Minaretten über die Schweiz von Medienschaffenden, Professoren, selbsternannten Experten, Bundesräten und Parlamentariern von Mitte- bis Linksparteien geäußert, geschrieben und kritisiert wurde, ist aus meiner Sicht absolut inakzeptabel. Bei den beiden kantonalen Abstimmungen über HarmoS und Stimmrechtsalter 16 gilt es festzustellen, dass ein Abstimmungsergebnis im Grossen Rat nicht unbedingt die Volksmeinung widerspiegeln muss.

Delegiertenversammlung LVO vom 08.Juni 2009

Am 8.Juni 2009 fand im Restaurant Lamm in Gwatt/Thun die ordentliche Delegiertenversammlung des LVO statt. Die ordentlichen Traktanden, wie Begrüssung, Feststellung der Präsenz, Genehmigung des Protokolls, des Jahresberichtes des Präsidenten und die Jahresrechnung wurden ohne Diskussion zur Kenntnis genommen und einstimmig genehmigt.

Bedingt durch die neuen Wahlkreise im Kanton Bern infolge der Bezirks- und Justizreform, welche am 01.01.2010 in Kraft tritt, wird der Wahlkreis Thun ein eigenständiger Wahlkreis sein und somit nicht mehr im LVO vertreten sein. Es wird beschlossen, eine kleine Arbeitsgruppe zu bilden, welche einen Vor-

schlag erarbeitet, wie die finanzielle Aufteilung des LVO-Vermögens zu erfolgen hat. Im Weiteren müssen die Statuten des LVO der neuen Situation angepasst werden.

Am 28.03.2010 finden im Kanton Bern Regierungs- und Grossratswahlen statt. Mit Dr. Albert Röstli kann das Berner Oberland einen Regierungsrats-Kandidaten stellen, welcher den Anforderungen eines Regierungsrates gewachsen ist und zusammen mit dem bisherigen Regierungsrat Christoph Neuhaus ganz grosse Chancen hat, auch gewählt zu werden. Das Ziel, wiederum die grösste Fraktion im Grossen Rat zu werden, sollte mit vereinten Kräften und mit einer grossen Mobilisation unserer treuen SVP-Wähler zu erreichen sein.

Alle sind wir gefordert, unser Bestes zu geben, damit der Kanton Bern sowohl im Regierungsrat als auch im Grossen Rat wieder eine klar bürgerliche Mehrheit besitzt.

Dank

Zum Schluss möchte ich allen Chargenträgern in der SVP, vom einfachen Mitglied, über die Sektions- und Kreisverbandsvorständen, den Gross- und Nationalräten, und allen hier nicht namentlich genannten Funktionären der SVP, meinen ganz herzlichen Dank für das grosse Engagement und den Einsatz für die Partei und die Öffentlichkeit überbringen und nehmen wir uns den Ausspruch von Edgar Faure zu Herzen, welcher sagte:

Man muss sich von einem politischen Gegner nicht unbedingt mit einem Fusstritt verabschieden, wenn man es mit einem Handdruck tun kann.

Gerhard Fischer, Präsident, Grossrat, Meiringen

Biel-Seeland

Das 2009 war ein sehr intensives, aber auch sehr wichtiges Jahr für die SVP Seeland. Neben den gewöhnlichen Geschäften (Parolenfassung, Hauptversammlung, etc) konnten wir auch verschiedene erfreuliche Eckpunkte entgegennehmen.

Der erste Erfolg war mit der Wahl von Gerhard Burri als Regierungsstatthalter des Verwaltungskreises Seeland zu verbuchen. Dies war nur möglich, weil Herr Burri ein guter, erfahrener und geschätzter Kandidat über alle Parteigrenzen hinweg ist. Der zweite Erfolg war dank dem Einsatz von treuen, kämpferischen SVP Mitgliedern möglich. Die Sektion Worben bestätigte den Verbleib ihrer Sektion in der SVP.

Mitte des Jahres sind die Vorbereitungen für die Grossrats- und Regierungsratswahlen in Angriff genommen worden. Kandidaten sind früh nominiert worden und so konnte die Liste N°1 gesichert werden. Hier ist auch erfreulich, dass 26 sehr starke, gute, motivierte Kandidaten bereit sind, sich für die SVP zu engagieren. So dass wir eigentlich zuversichtlich die Wahl im März 2010 anpacken können. Freude herrscht! Die neue gegründete Sektion Busswil hat auf Anhieb 24 Mitglieder.

In Port und Erlach kann die SVP bei den Gemeindewahlen Erfolge verbuchen. In Lyss, dank vollem Einsatz der Sektion, konnte sogar, trotz Verkleinerung des Gemeinderates, ein neuer SVP Gemeinderat Einsitz nehmen. Die SVP Sektion Oberwil bestätigt mit 13 Stimmen bei zwei Enthaltungen den Verbleib in der SVP, und somit wehrte sie sich erfolgreich gegen die Mänöver einer „gleichgesinnten Partei“, die Kasse übernehmen zu wollen. Frische, neue SVP Luft bläst in Sutz. Die neu gegründete SVP Sektion wird vom 20 jährigen Adrian Käser präsiert.

Ich danke allen Sektionen, Präsidenten, Vorständen, langjährigen SVP Mitgliedern, aber auch den neuen SVP Mitgliedern des LT Seeland, allen, die mitgewirkt haben, dass das Jahr 2009 für die SVP Seeland als insgesamt positiv bezeichnet werden kann.

Béatrice Struchen, Präsidentin, Grossrätin, Epsach

Gerichte

Obergericht

Als Nachfolger des altershalber zurückgetretenen Oberrichters Franz Bühler (CVP) hat der Grosse Rat Daniel Bähler (SP) gewählt. Oberrichter Christian Herrmann (SVP) ist per 1. November 2009 ausgeschieden, nachdem ihn die Bundesversammlung ehrenvoll zum Bundesrichter gewählt hat, sein Nachfolger wird im Januar 2010 gewählt werden. Per Ende Jahr ist Oberrichter Thomas Maurer (SVP) nach 24 Jahren am Obergericht altershalber zurückgetreten. Seine hervorragenden Dienste für die Justiz namentlich auch im Zusammenhang mit verschiedenen Reformvorlagen seien auch an dieser Stelle erwähnt und vielmals verdankt. Seine Stelle wird neu durch Philippe Guéra (BDP) besetzt.

Bei der Geschäftslast sind auf hohem Niveau keine grösseren Veränderungen festzustellen, wobei die Rekurskommission für fürsorgerischen Freiheitsentzug erneut eine deutliche Zunahme der Fallzahlen (insbesondere auch beim Obhutsentzug und der Fremdplatzierung von Kindern und Jugendlichen) zu verzeichnen hat.

Das Inkrafttreten der neuen eidgenössischen Prozessordnungen im Zivil- und im Strafbereich sowie der Justizreform per 1.1.2011 führt zu zahlreichen interessanten, aber auch aufwendigen Vorbereitungsarbeiten in verschiedensten Bereichen (Personal, EDV, Organisation, Reglemente). Wir sollten eigentlich rechtzeitig bereit sein, wenn auch zur Zeit noch die genaue Ausgestaltung des Organisationsreglementes für das Obergericht und die Kompetenzabgrenzungen zur neu vorgesehenen Justizleitung zu diskutieren sind.

Und, ich erlaube mir, das nochmals zu erwähnen: Die Einführung des revidierten allgemeinen Teils des Strafgesetzbuches zeigt meiner Meinung nach immer deutlicher, dass ein erheblicher Mehraufwand für die Bewältigung der Prozesse anfällt, ohne dass ein Mehrwert erkennbar wäre. Vielmehr ist ein Teil der abschreckenden Wirkung des Strafrechts verloren gegangen und für gewisse Täterkategorien fehlen die richtigen Sanktionsmöglichkeiten. Eine entsprechende Überarbeitung durch den Bundesgesetzgeber wäre aus meiner Sicht mehr als angezeigt.

Georges Greiner,
Oberrichter

Verwaltungsgericht

Im Berichtsjahr gingen beim Verwaltungsgericht insgesamt 1814 (Vorjahr: 1545) neue Fälle ein. Bei 1861 (1711) Erledigungen wurden total 1008 (1055) Fälle auf das neue Geschäftsjahr übertragen. Vom Geschäftsanstieg sind sowohl das Verwaltungsrecht als auch das Sozialversicherungsrecht betroffen.

Im Bereich des *Sozialversicherungsrechts* ist für die Fallzunahme zu mehr als der Hälfte die Invalidenversicherung verantwortlich: Wie im Vorjahr stammen rund 58 Prozent der neu eingegangenen Fälle aus der Invalidenversicherung. Diese sind auf 719 (638) gestiegen und liegen damit um rund 40 bzw. 38 Prozent höher als in den Jahren 2004 (512) und 2005 (520), als bei der Invalidenversicherung vor dem Beschwerdeverfahren noch ein Einspracheverfahren durchzuführen war. Die Abschaffung des Einspracheverfahrens hat demnach zu einer erheblichen Fallzunahme geführt, die durch die Einführung der Kostenpflicht im Beschwerdeverfahren nicht ausgeglichen worden ist. Ebenfalls stark zugenommen haben die Fälle in der Arbeitslosenversicherung, was angesichts der Wirtschaftskrise zu erwarten war. Eine Zunahme der Eingänge im Vergleich zum Vorjahr ist auch in der AHV und in der Unfallversicherung festzustellen.

Der Fallanstieg im *Verwaltungsrecht* geht zum Teil auf die Umsetzung eines Bundesgerichtsurteils vom 5. Februar 2009 zurück, wonach gegen die erstinstanzlichen Entscheide des Haftgerichts in Ausländersachen seit April des Berichtsjahrs Beschwerde an das Verwaltungsgericht geführt werden kann. Auch mit Blick auf das Inkrafttreten der Rechtsweggarantie per 1. Januar 2009 war mit einer Fallzunahme gerechnet worden, und ein Teil des Geschäftsanstiegs ist denn auch auf die erweiterten Zuständigkeiten u.a. im Ausländerrecht (Überprüfung von Ermessensentscheiden), im Raumplanungsrecht, im Steuerrecht (Erlassstreitigkeiten) und auf dem Gebiet der politischen Rechte zurückzuführen. Unabhängig von den Auswirkungen der Rechtsweggarantie ist im Berichtsjahr eine markante Erhöhung der Eingänge im Bereich der Sozialhilfe (Zunahme um 45% auf 32 Eingänge) und auf dem Gebiet des Ausländerrechts (Zunahme um rund 300% auf 87 Eingänge) zu verzeichnen.

Trotz dieser Entwicklungen konnte die Erledigungsquote gesteigert und eine Zunahme der pendenten Fälle verhindert werden. Dies ist wesentlich auf die dem Verwaltungsgericht per 1. Januar 2009 zugesprochenen zusätzlichen personellen Ressourcen zurückzuführen.

Besonders hervorzuheben sind die Feierlichkeiten aus Anlass des 100jährigen Bestehens des Verwaltungsgerichts. Am 31. Oktober 1909 stimmte das Berner Stimmvolk dem Gesetz betreffend die Verwaltungsrechtspflege zu und schuf damit das Verwaltungsgericht. Das Verwaltungsgericht führte daher am 6. November 2009 ein Symposium in der Aula der Universität Bern durch, wo sich rund 250 Personen aus Justiz, Politik und Anwaltschaft sowie Lehre und Forschung versammelten. Das Symposium

widmete sich den Anfängen des Verwaltungsgerichts, dessen Rechtsprechung und Aussenwirkung sowie aktuellen Fragen der Verwaltungsjustiz. Über diesen Tag hinaus wird eine 2010 erscheinende Festschrift mit Beiträgen zu Stellung und Wirken des Verwaltungsgerichts im Wandel der Zeit sowie zu aktuellen Fragen rund um die Verwaltungs- und Sozialversicherungsgerichtsbarkeit an das Jubiläum erinnern.

Thomas Müller,
Verwaltungsrichter

Untersuchungsrichterämter (Regionale und Kantonale)

Im Berichtsjahr ist die Anzahl der eingegangenen Strafanzeigen bei allen Untersuchungsrichterämtern gestiegen, bei einzelnen sogar auf Rekordniveau.

Per 01.01.2009 nahm Samuel Moser (Grüne Partei) seine Tätigkeit als Untersuchungsrichter beim Untersuchungsrichteramt Emmental - Oberaargau auf. Diese Region konnte im vergangenen Jahr einen schönen Erfolg feiern. Ein Tötungsdelikt aus dem Jahre 1999, begangen an einem Securitas-Wächter in Langenthal, konnte abgeschlossen werden. Einmal mehr hat sich gezeigt, dass die meisten Tötungsdelikte geklärt werden können, wenn auch manchmal, wie im vorliegenden Fall, erst nach 10 Jahren.

Das Untersuchungsrichteramt Berner Oberland konnte im Spätherbst neue Büroräumlichkeiten im ehemaligen Selveareal beziehen. Ein solcher Umzug ist für alle Beteiligten mit einem grossen Mehraufwand verbunden.

In der Verfolgung des Drogenhandels wurde speziell in der Region Berner Jura - Seeland vermehrt auch auf eine breite Bekämpfung von mittleren und kleineren Händlern gesetzt. Die Interventionen beschränkten sich nicht auf den öffentlichen Raum, sondern betrafen auch konspirative Wohnungen und Hotels. Die Drogenhändler stammen vorwiegend aus afrikanischen Staaten und ihre Anzahl hat in den letzten Jahren zugenommen.

Obschon nun schon seit 3 Jahren in Kraft, sind die Untersuchungsrichter mit dem neuen Sanktionensystem des AT StGB nicht glücklich. Es weist zu viele Möglichkeiten auf, ein Urteil abzuändern oder zu verschieben. Mit Interesse werden deshalb die Ergebnisse der Vorarbeiten zum AT StGB, welche beim Bundesamt für Justiz in Bearbeitung sind, erwartet. Es ist zu hoffen, dass das Sanktionensystem wieder einfacher und auch für den Laien verständlicher wird.

Teilweise unbefriedigend ist die Zusammenarbeit mit der Steuerverwaltung. Obschon in Art. 34 Abs. 2 StGB die gesetzliche Grundlage zur Auskunftserteilung besteht, werden regelmässig keine Angaben zu den finanziellen Verhältnissen des Ehepartners einer angeschuldigten Person gemacht. Diese werden jedoch benötigt, da sie zur Festsetzung der Höhe einer Geldstrafe berücksichtigt werden müssen. Das Verhalten der bernischen Steuerverwaltung ist umso ärgerlicher, als alle anderen Kantone diese Angaben problemlos zur Verfügung stellen.

Das vergangene Jahr war geprägt durch die anstehende Justizreform. Im Herbst fand dazu eine Informationsveranstaltung für alle Untersuchungsrichterämter und die Staatsanwaltschaft statt.

Urs Fuhrer,
Untersuchungsrichter

IV. Organisation / Personelles

Personelle Zusammensetzung der Parteiorgane

Geschäftsleitung

Präsident:	Rudolf Joder, Nationalrat, Belp
Vizepräsidenten:	Fritz Reber, Grossrat, Schangnau Käthi Wälchli, Grossrätin, Obersteckholz
Geschäftsführerin:	Aliki M. Panayides, Ostermundigen
Finanzverantwortlicher:	Jean-Michel With, Belp
Fraktionspräsident:	Peter Brand, Münchenbuchsee
Ein weiteres Mitglied:	Gerhard Fischer, Meiringen

Parteivorstand

Präsident

Rudolf Joder, Nationalrat, Belp

Vizepräsidenten

Fritz Reber, Grossrat, Schangnau
Käthi Wälchli, Grossrätin, Obersteckholz

Geschäftsführerin

Aliki M. Panayides

Finanzverantwortlicher

Jean-Michel With, Belp

Fraktionspräsident

Peter Brand, Münchenbuchsee

Weiteres Mitglied der Geschäftsleitung

Gerhard Fischer, Meiringen

Regierungsmitglied

Christoph Neuhaus, Belp

Die eidgenössischen Parlamentarier

Andreas Aebi, Alchenstorf
Adrian Amstutz, Sigriswil
Andrea Geissbühler, Herrenschwanden
Jean-Pierre Graber, La Neuveville
Rudolf Joder, Belp
Simon Schenk, Trubschachen
Erich von Siebenthal, Gstaad
Hansruedi Wandfluh, Frutigen

Vertreter Fachkommissionen

Carlo Kilchherr, Thun (Bau, Verkehr und Energie)
Werner Hostettler, Zollbrück, (Erziehung)
Andreas Blank, Aarberg (Finanzen/Verwaltung)
Andreas Lanz, Thun (Gesundheit und Fürsorge)
Fritz Ruchti, Seewil (Justiz, Gemeinden, Kirchen)
Christian Hadorn, Ochlenberg (Polizei und Militär)
Elisabeth Schwarz, Steffisburg (Volkswirtschaft)

Vertreterin der SVP Frauen Kanton Bern

Jolanda Brunner, Spiez

Vertreter der Jungen SVP

Erich J. Hess, Bern

Vertreter SVP Senioren

Rudolf Graf, Aarwangen

Fünf weitere Mitglieder

Martin Baltisser, Bremgarten
Manfred Bühler, Cortébert
Thomas Fuchs, Bern
Werner Salzmann, Mülchi

Grossratsfraktion

Die Grossratsfraktion setzte sich **2009** wie folgt zusammen:

Werner Aebischer, Guggisberg
Rudolf Bieri, Oberbipp
Bernasconi, Peter, Bern (ab 1. September)
Jean-Michel Blanchard, Malleray
Andreas Blank, Aarberg
Peter Brand, Münchenbuchsee
Gerhard Fischer, Meiringen
Fritz Freiburghaus, Rosshäusern
Thomas Fuchs, Bern
Sabina Geissbühler, Herrenschwanden
Alfred Gerber, Gohl
Samuel Graber, Horrenbach
Hans Ulrich Gränicher, Bern
Christian Hadorn, Ochlenberg
Werner Hostettler, Zollbrück
Jürg Iseli, Zwieselberg
Carlo Kilchherr, Thun
Bethli Küng, Saanen
Hans Küng, Diemtigen (bis 18. Juni)
Andreas Lanz, Thun
Paul Messerli, Kirchdorf
Walter Messerli, Matten
Fritz Reber, Schangnau
Hans Rösti, Kandersteg
Fritz Ruchti, Seewil
Hans Schmid, Achseten
Beat Schori, Bern (bis 31. August)
Peter Schori, Spiegel
Elisabeth Schwarz, Steffisburg
Béatrice Struchen, Epsach
Käthi Wälchli, Obersteckholz
Bernhard Zumbrunn, Unterbach

Vertretung in der SVP Schweiz

Mitglieder des Zentralvorstandes

Adrian Amstutz, Nationalrat Sigriswil

Martin Baltisser, Generalsekretär SVP CH, Bremgarten (ab 1.7.)

Silvia Bär, Generalsekretärin SVP CH a. i., Wiler b. Seedorf (bis 30.6.)

Peter Bernasconi, Stadtrat, Bern

Jolanda Brunner, Präsidentin SVP Frauen Kanton Bern, Spiez

Jean-Blaise Defago, Bern

Rita Gygax, Präsidentin SVP Frauen Schweiz, Hinterkappelen

Erich J. Hess, Präsident JSVP Schweiz, Bern

Susanne Huber, Meiringen

Rudolf Joder, Nationalrat, Belp

Aliki M. Panayides, Geschäftsführerin, Ostermundigen

Hans Röstli, Grossrat, Kandersteg

Michael Waber, Worb

Mitglieder des leitenden Ausschusses

Adrian Amstutz, Nationalrat, Sigriswil

Silvia Bär, Generalsekretärin SVP CH a. i., Wiler b. Seedorf

Rita Gygax, Präsidentin SVP Frauen Schweiz, Hinterkappelen

Erich J. Hess, Präsident JSVP Schweiz, Bern

Rudolf Joder, Nationalrat, Belp

Mitglied des Büros des leitenden Ausschusses

Adrian Amstutz, Nationalrat, Sigriswil

Regierungsmitglied

Christoph Neuhaus, Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektor, Belp

Parteisekretariat

Aliki M. Panayides, Geschäftsführerin, Ostermundigen

Reto Niederhauser, wiss. Mitarbeiter, Fraktionssekretär,
stv. Geschäftsführer, Bern

Barbara Ambühl, Mitarbeiterin, Ostermundigen (bis 30.6.)

Jasmin Scheidegger, Mitarbeiterin, Schönbühl (ab 24.6.)

Katharina Rügger, Teilzeitmitarbeiterin 40%, Hubersdorf (bis 28.2.)

Thomas Stettler, Praktikant 60 %, Bern (ab 1.8.)

Stiftungsrat „Hilfsfonds SVP Kanton Bern“

Werner Aebischer, Präsident, Guggisberg

Käthi Wälchli, Vizepräsidentin, Obersteckholz

Hans Ueli Salzmann, Sekretär, Oberburg

Christian Rubin, Kassier, Aeschi b. Spiez

Pierre Berger, Beisitzer, Mont-Crosin

Vorstand des „Bären-Club“ der SVP Kanton Bern

Jean-Pierre Graber, Nationalrat, Präsident, La Neuveville

Andrea Pieren, Vizepräsidentin, Lyssach

Aliki M. Panayides, Sekretärin, Ostermundigen

Markus Steiner, Kassier, Fraubrunnen

Jean-Michel With, Beisitzer, Belp

Thomas Fuchs, Grossrat, Beisitzer, Bern

Gerhard Fischer, Grossrat, Vertretung der Parteileitung, Meiringen

Unsere Verstorbenen

Im Berichtsjahr hatte die Partei wieder den Verlust verdienter und langjähriger Exponenten zu beklagen. Dabei seien namentlich erwähnt:

Gottfried Ammon, a. Grossrat, ist in seinem 86. Lebensjahr verstorben. Gottfried Ammon war aber auch auf kommunaler Ebene aktiv und hat sich während elf Jahren als Mitglied des Kirchgemeinderats sowie sieben Jahre als Gemeinderat und Finanzkommissionspräsident von Huttwil engagiert. Ab 1981 hat Gottfried Ammon sich auch als Gemeindepräsident für die Belangen der Bevölkerung und der SVP eingesetzt.

Hans Eduard Bühler, a. Grossrat ist in seinem 89. Lebensjahren friedlich in seinem Heim eingeschlafen ist. Hans Eduard Bühler hat sich für die SVP nicht nur als Grossrat, sondern auch als Oberrichter engagiert. Hans Eduard Bühler hat sich aber auch als Vizegemeindepräsident der Gemeinde Frutigen für die Belange der Bevölkerung eingesetzt.

Kurt Dysli, a. Grossrat und Stadtrat, Bern, ist in seinem 78. Lebensjahr verstorben. Kurt Dysli hat sich politisch zuerst als Stadtrat und dann während 16 Jahren als Grossrat vor allem für die Gewerbe-, Verkehrs- und Energiepolitik eingesetzt. Besonders am Herzen lag ihm auch die Ausbildung der Jugendlichen. Kurt Dysli hat sich mit seinem Fuhrpark auch in den Wahlkämpfen der SVP immer stark engagiert.

Hans Küng, Grossrat, Diemtigen ist in seinem 63. Lebensjahr überraschend verstorben. Hans Küng hat sich als Grossrat vor allem für die Landwirtschaft und den Tourismus, aber auch für regionalpolitische Anliegen eingesetzt. Er hat sich im Weiteren auf kommunaler Ebene erst als Vizegemeindepräsident und danach etliche Jahre als Gemeindepräsident von Diemtigen stark engagiert. Zudem war Hans Küng unter anderem im Verwaltungsrat der Sportbahnen Wiriehorn sowie im Leitungsausschuss des Verbands Bernischer Waldbesitzer aktiv.

Adolf Michel, a. Grossrat, Schattenhalb, ist in seinem 86. Lebensjahr verstorben. Er war nicht nur als Grossrat, sondern auch auf kommunaler Ebene politisch aktiv. Er war Gemeindepräsident von Schattenhalb. Ausserdem war er Mitglied der Geschäftsführung der Volkswirtschaftskammer Berner Oberland, wie auch Präsident des Verkehrsvereins Berner Oberland. Als Verwaltungsdirektor der priv. Nervenklinik in Meiringen hat er lange Jahre dem Familienbetrieb gedient. Er hat die Firma erfolgreich geführt und vergrössert. Er engagierte sich stets im Dienste der Gesellschaft.

V. Schlusswort der Geschäftsführerin

Das Jahr 2009 ist wie im Flug vergangen, mit emsiger Betriebsamkeit auf dem Sekretariat. Die SVP Kanton Bern ist in Aufbruchstimmung, das macht Freude. Der Verbrauch an Material machte es deutlich: Es geht etwas in den Sektionen der SVP im ganzen Kanton. Die Partei hat also die Stürme der vergangenen Monate nicht nur überlebt, sondern ist so stark und engagiert wie schon lange nicht mehr. Das macht Freude.

Die engagierte Kraft der SVP braucht es auch dringend im Kanton Bern. Allzu rasch hat sich ein Teil der Bevölkerung mit der linken Regierungsmehrheit abgefunden. Rekordhohe Einkommens- und Motorfahrzeugsteuern, überproportional steigende Krankenkassenprämien, Road Pricing-Projekte, drohende Stromlücke durch Ausstieg aus der Kernenergie, all dies nimmt man hin, denn es muss wohl so sein, wenn es die Regierung so macht. Höchste Zeit, dass da etwas ändert. Hätte Ruedi Minger damals alles hingenommen anstatt die BGB und heutige SVP zu gründen, gäbe es heute wohl keine Bauern mehr. Sein Kampfgeist zeigt, dass es auch in Bern möglich ist, aufzustehen und für eine gute Sache einzustehen. Das muss uns ein Beispiel sein.

Bei den Gross- und Regierungsratswahlen müssen wir zeigen, dass es noch eine Partei gibt, die sich für eine Politik einsetzt, welche für bessere Lösungen kämpft anstatt aus Bequemlichkeit alles, was kommt, abzunicken und durchzuwinken. Nur tote Fische schwimmen mit dem Strom. Wir nicht!

Aliki M. Panayides, Geschäftsführerin

VI. Die Partei in Zahlen

Mitgliederzahlen

Sektion	Bestand	Bestand	Veränderung
	31.12.2008	31.12.2009	
Allmendingen	27	27	0
Bolligen	140	136	-4
Bremgarten b. Bern	28	25	-3
Büren z. Hof	45	36	-9
Diemerswil	24	23	-1
Ferenbalm	74	73	-1
Fraubrunnen	75	62	-13
Frauenkappelen	34	34	0
Golaten	12	12	0
Grafenried	30	30	0
Gurbrü	24	24	0
Ittigen	56	60	+4
Jegenstorf	133	112	-21
Kirchlindach	105	97	-8
Kriechenwil	30	24	-6
Laupen	63	34	-29
Mattstetten	27	27	0
Meikirch	92	82	-10
Moosseedorf	90	91	+1
Mühleberg	108	97	-11
Mülchi	13	13	0
Münchenbuchsee	190	188	-2
Münchenwiler	15	15	0
Muri-Gümligen	118	102	-16
Neuenegg	231	226	-5
Ostermundigen	66	63	-2
Stettlen	71	47	-24
Urtenen-Schönbühl	74	72	-2
Vechigen	198	185	-13
Wohlen b. Bern	108	112	+4
Worb	232	221	-11
Zollikofen	110	108	-2

Einzelmitglied	1	1	0
Mittelland-Nord	2643	2459	-184
Arni	34	30	-4
Belp	190	180	-10
Belpberg	67	47	-20
Biglen	90	60	-30
Bowil	72	52	-20
Gelterfingen	12	11	-1
Gerzensee	63	60	-3
Grosshöchstetten	54	47	-7
Guggisberg	46	44	-2
Kaufdorf	25	23	-2
Kehrsatz	26	27	+1
Kiesen-Oppligen	51	48	-3
Kirchdorf / Noflen	128	107	-21
Köniz Total	250	234	-16
Konolfingen	195	182	-13
Landiswil	46	50	+4
Linden	73	73	0
Mirchel	0	48	+48
Münsingen	75	65	-10
Oberbalm	40	47	-7
Oberdiessbach	101	101	0
Oberthal	33	33	0
Riggisberg	96	94	-2
Rubigen	0	15	+15
Rüeggisberg	108	96	-12
Rüscheegg	55	49	-6
Schlosswil	48	46	-2
Thurnen	47	47	0
Toffen	62	61	-2
Trimstein	35	35	0
Wahlern	148	130	-18
Walkringen	57	56	-1
Wichtrach	128	122	-6
Zimmerwald	73	53	-20
Zäziwil	67	62	-5
Mittelland-Süd	2595	2435	-160

Aarberg	119	115	-4
Aarberg Einzelmitglieder	1	1	0
Bangerten	21	21	0
Bellmund	4	5	+1
Biel / Bienne	107	114	+7
Brüttelen	12	12	0
Büetigen	40	40	0
Bühl	19	18	-1
Büren a. Aare	114	106	8
Busswil b. Büren	0	30	+30
Dotzigen	40	38	-2
Epsach	25	22	-3
Erlach	72	65	-7
Finsterhennen	13	11	-2
Gals	36	36	0
Grossaffoltern	71	71	0
Ins	164	156	-8
Ipsach	36	42	+6
Jens	38	31	-7
Kallnach	65	60	-5
Kappelen	55	55	0
Lengnau (BE)	38	39	+1
Lüscherz	3	4	+1
Lyss	74	95	+21
Meinisberg	28	23	-5
Müntschemier	97	89	-8
Nidau	12	16	+4
Nidau Einzelmitglieder	28	24	-4
Oberwil b. Büren	59	46	-13
Orpund	41	42	+1
Pieterlen	52	50	-2
Port	33	33	0
Radelfingen	62	57	-5
Rapperswil	87	96	+9
Ruppoldsried	9	9	0
Safnern	93	60	-33
Schüpfen	154	140	-14
Schwadernau	16	15	-1
Seedorf (BE)	204	164	-40
Siselen	19	16	-3

Studen	27	27	0
Sutz-Lattrigen	0	10	+10
Täuffelen	66	62	-4
Treiten	54	47	-7
Tschugg	5	5	0
Twann-Tüscherz-Alfermée	59	13	-46
Walperswil	42	40	-2
Wengi	35	29	-6
Worben	62	42	-20
Seeland	2511	2342	-169
Bévilard	0	1	+1
Corgémont	17	18	+1
Cortébert	11	9	-2
Court	15	22	+7
Courtelary	5	5	0
Diesse	2	3	+1
La Chaux d'Abel	6	6	0
La Ferrière	9	5	-4
La Neuveville	22	22	0
Lignières	2	1	-1
Malleray	10	8	-2
Mont-Tramelan	3	3	0
Moutier	43	42	-1
Moutier Diverse	23	21	-2
Nods	6	4	-2
Orvin	7	12	+5
Péry	9	6	-3
Prêles	2	2	0
Reconvilier	7	8	+1
Renan	17	17	0
Romont	7	6	-1
Saint-Imier	34	32	-2
Sonceboz-Sombeval	10	7	-3
Sonvilier	14	11	-3
Tavannes	20	22	+2
Tramelan	18	19	+1
Vaufvelin	3	6	+3
Berner Jura	322	318	-4

Aefligen	35	38	+3
Affoltern i. E.	89	83	-6
Alchenstorf	56	57	+1
Bätterkinder	106	100	-6
Burgdorf	113	106	-7
Dürrenroth	66	61	-5
Eggiwil	157	160	+3
Ersigen	140	138	-2
Hasle b. B.	133	123	-10
Heimiswil	100	98	-2
Hindelbank	58	52	-6
Höchstetten-Hellsau	19	16	-3
Kirchberg	97	96	-1
Koppigen	94	86	-8
Krauchthal	118	110	-8
Langnau i. E.	162	167	+5
Lauperswil	82	74	-8
Lützelflüh	118	87	-31
Lyssach	86	73	-13
Mötschwil	30	30	0
Nieder- & Oberösch	32	29	-3
Oberburg	175	173	-2
Röthenbach	72	67	-5
Rüderswil	62	60	-2
Rüdtligen-Alchenflüh	55	47	-8
Rüegsau	126	100	-26
Schangnau	99	90	-9
Signau	60	56	-4
Sumiswald	194	167	-27
Trachselwald	33	33	0
Trub / Trubschachen	108	101	-7
Utzenstorf	140	124	-16
Wiler b. U.	35	33	-2
Wynigen	148	134	-14
Zielebach	22	16	-6
Emmental	3220	2985	-229

Aarwangen	140	129	-11
Attiswil	42	39	-3
Auswil	9	10	+1
Bleienbach	68	68	0
Busswil / Melchnau	103	90	-13
Eriswil	84	68	-16
Gondiswil	53	37	-16
Herzogenbuchsee	117	98	-19
Huttwil	162	150	-12
Inkwil/Röthenbach/Wanzwil	19	19	0
Kleindietwil	10	7	-3
Langenthal	196	192	-4
Lotzwil	49	49	0
Madiswil	91	91	0
Niederbipp	112	102	-10
Oberbipp	77	80	+3
Ober- / Untersteckholz	34	32	-2
Ochlenberg	59	58	-1
Roggwil-Schwarzhäusern	123	106	-17
Rohrbach	44	40	-4
Rütschelen	29	22	-7
Seeberg / Hermiswil	47	46	-1
Thörigen	87	84	-3
Thunstetten	85	78	-7
Ursenbach	49	48	-1
Walterswil	40	40	0
Wangen a. Aare	87	75	-12
Wiedlisbach	44	43	-1
Wynau	17	18	+1
Wyssachen	57	49	-8
Einzelmitglieder	17	20	+3
Oberaargau	2'151	1'988	-163
Amsoldingen	50	48	-2
Blumenstein	37	37	0
Buchholterberg- Wachseldorn	75	71	-4
Burgistein	42	39	-3

Forst-Längenbühl	26	26	0
Gurzelen	34	34	0
Heimberg	73	71	-2
Hilterfingen	44	43	-1
Höfen	29	29	0
Linkes Zulgebiet und Umgebung	83	73	-10
Oberhofen	56	57	+1
Reutigen	56	53	-3
Schwarzenegg-Fahrni	149	155	+6
Seftigen	46	44	-2
Sigriswil	136	131	-5
Steffisburg	142	140	-2
Thierachern	49	49	0
Thun	194	189	-5
Uebeschi	33	33	0
Uetendorf	150	143	-7
Uttigen / Kienersrüti	41	39	-2
Wattenwil	78	80	+2
Zwieselberg	18	17	-1
Thun	1'641	1'601	-40
Adelboden	61	60	-1
Aeschi b. Spiez	90	85	-5
Beatenberg	51	49	-2
Boltigen	44	37	-7
Bönigen	29	28	-1
Brienz	63	71	+8
Därstetten / Weissenburg	51	53	+2
Diemtigen	76	61	-15
Erlenbach	27	21	-6
Frutigen	181	186	+5
Grindelwald	143	136	-7
Gsteig	24	25	+1
Habkern	39	38	-1
Interlaken	74	74	0
Interlaken Einzelmitglieder	7	5	-2
Kandersteg	38	32	-6
Lauterbrunnen	29	25	-4
Lenk	62	56	-6

Matten b. Interlaken	58	60	+2
Oberhasli	179	153	-26
Oberwil i. S.	42	41	-1
Reichenbach	115	92	-23
Ringgenberg / Goldswil	47	47	0
Saanen	168	175	+7
Spiez	152	152	0
St. Stephan	26	40	+14
Unterseen	60	60	0
Wilderswil	52	54	+2
Wimmis	137	139	+2
Zweisimmen	77	78	+1
Oberland	2'202	2'133	-69
Bern Stadt	402	384	-18
Direktmitglieder Kanton	-	46	
Total Kanton Bern	17'688	16'675	-1013

* = waren bisher nicht separat ausgewiesen